H 8040 F
Nummer 69
März/April 01
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

In diesem Heft:

In diesem Heft

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstr. 16, 30161 Hannover

Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324
30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: Werkdruck Hannover

Erscheinungsweise:
6x im Jahr

V.i.S.d.P.: Klaus Harbart

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Editorial

Nun ist die Katze aus dem Sack: Mit 100.000 Mark pro Kopf will die Bundesregierung „Top-Neonazis" aus der Szene lö sen. Für die Anleitung zu Volksverhetzung, Holocaustleugnung und Anstachelung zum Rassenhass gibt es jetzt neue Wohnungen, Ausbildungs- oder Arbeitsplätze und im Zweifelsfall auch finanzielle Hilfe. Der Millionär Christian Worch oder der Multimillionär Gerhard Frey werden ob dieser Angebote sicher müde lächeln und weiterhin für neofaschistische Aufmärsche, Publikationen und die Verbreitung faschistischer Propaganda sorgen. Interessant dürfte dieses Angebot lediglich für Neonazis sein, die gemeinhin als „gescheiterte Existenzen" bezeichnet werden – um „Top-Neonazis", die die Innenminister mit ihrem „Aussteigerprogranmm", zum „Aufbau einer neuen Existenz" anregen wollen, wird es sich dabei kaum handeln.

Während Innenminister und Regierung eifrige Geschäftigkeit demonstrieren, etabliert sich die rechte Alltagskultur besonders unter Jugendlichen. So werden zwischen 20 und 30 Prozent der Jugendlichen in Sachsen-Anhalt als zum „harten Kern" bzw. zum „Sympathisantenkreis der Rechten" gezählt und in Thüringen sympathisiert jeder vierte der 18- bis 24-jährigen mit neofaschistischen Parteien. Die sogenannte „akzeptierende Sozialarbeit" wird zurecht als letztendliches Gewährenlassen der rechten Umtriebe kritisiert. Doch für die Entwicklung von Alternativen, die Entwicklung schulischer Handlungsmöglichkeiten oder gar die Förderung selbstverwalteter demokratischer Jugendeinrichtungen wird nach wie vor kein Geld zur Verfügung gestellt – und das nicht nur aus Finanzgründen.

Immer noch beherrscht der Blick durch die ideologische Brille das politische Handeln. Angesichts der massiven Zunahme neofaschistischer und rassistischer Gewalttaten im vergangenen Jahr wird eine Gewalttäter-Datei geplant, die dem verordneten Totalitarismus-Dogma entsprechend natürlich auch sogenannte „Linksextremisten" erfassen soll. Der bayerische Innenminister Beckstein schwadroniert gar von einem gegenseitigen Hochschaukeln der politischen Gewalt. Die damit verbundene Schuldzuweisung für die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung stellt nicht nur eine Verharmlosung rassistischer Gewalt dar, sondern soll wohl in erster Linie von der eigenen Verantwortung ablenken.

Die Forderung nach einem „Sprachschutzgesetz" (E. Werthebach) gegen eine vermeintliche Überfremdung der deutschen Sprache durch Anglizismen oder die Forderung nach einer restriktiveren Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik durch die CSU sind nur zwei aktuelle Beispiele für die Schnittmengen konservativer und neofaschistischer Politik. Da wundert es dann kaum, dass sich „honorige" Persönlichkeiten wie der Focus-Chefredakteur Markwort, der Fernsehjournalist Alt, der ex-Generalbundesanwalt von Stahl oder der ex-Staatsminister Gauweiler in großformatigen Anzeigen in der FAZ und der „Süddeutschen" für Pressefreiheit für die neofaschistische Wochenzeitung „Junge Freiheit" einsetzen, weil dieser ein Geschäftskonto gekündigt wurde. Auch, dass die Kontokündigung durch die Postbank zurückgenommen wurde, ist bezeichnend für das aktuelle politische Klima in Deutschland.

Aber kann etwas anderes erwartet werden in einem Land, in dem Politiker aus dem bürgerlichen Spektrum, um mit den Worten des Politologen Christoph Butterwegge zu reden, „Steil-Vorlagen" liefern für gewaltbereite Rassisten, die sich dadurch als „Vollstrecker eines breiten Volkswillens" empfänden?

Der nächste Rechte Rand erscheint Anfang Mai diesen Jahres. Redaktionsschluss ist am 10. April 2001.

Termine

17.03.01: Aktionstag in Weyhe bei Bremen „Für Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit"

Ab 10.00: Demonstration, Auftaktort Weyher Marktplatz

Ab 12.30: Kulturfest; Mehrzweckhalle in Weyhe-Leeste; mit Informationstafeln über die Rechten in Weyhe

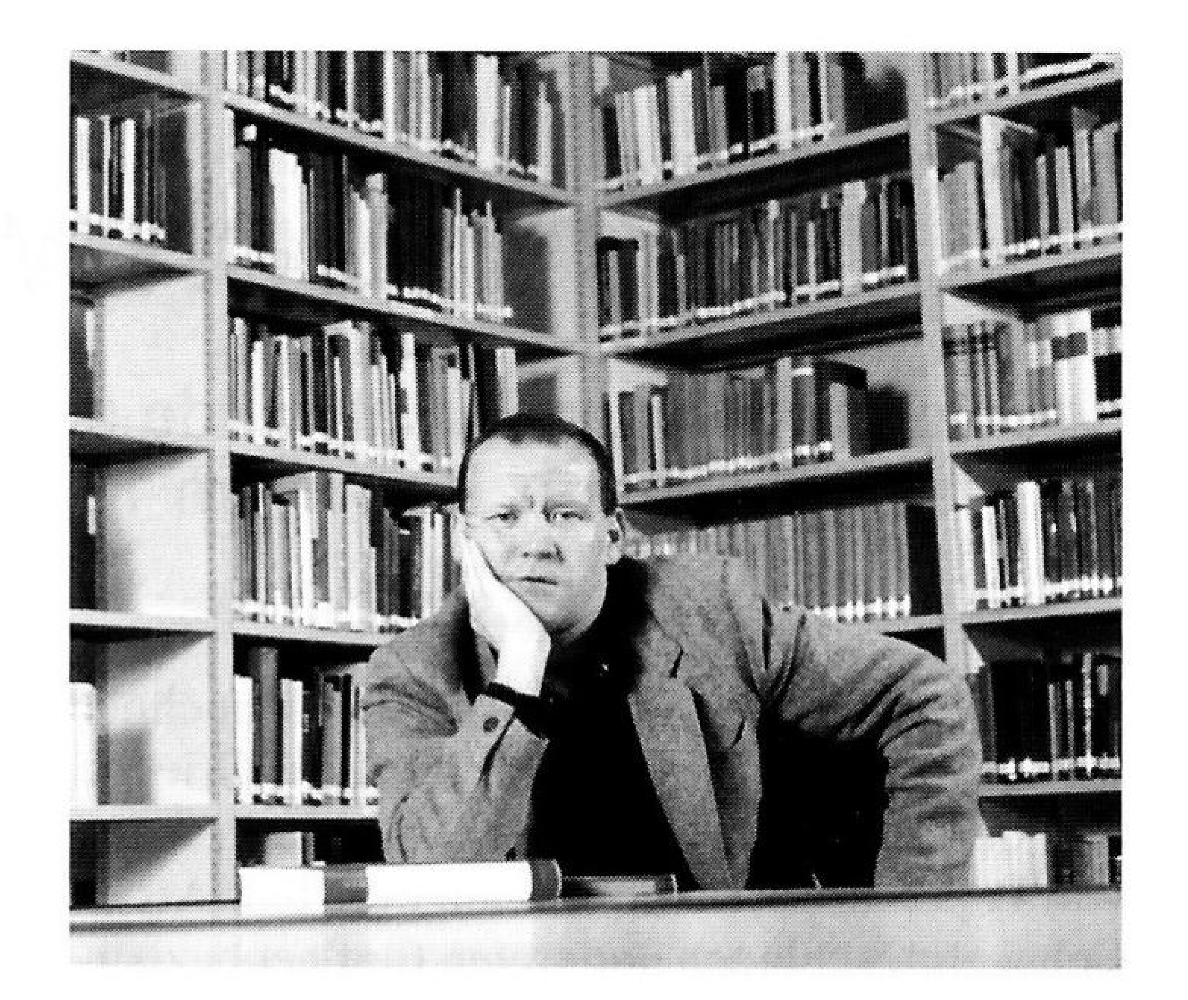
Ab 19.00: „(Auf)MUCKE(n) gegen RECHTS"; Mehrzweckhalle; mit lokalen Bands

7. und 8. April 2001: Antisemitismus-Kongreß der Antifa Duisburg mit diversen Vorträgen, Buchvorstellungen und Seminaren, u.a. zum deutschen Arbeitsbegriff, der Finkelstein-Debatte, Antisemitismus und Antizionismus. Beginn Samstag 7.4. um 13 Uhr im Hundertmeister Saal, Info-Telefon: 0203-7386100 (Di. 20-22 Uhr, Mi. 19-21 Uhr)

Ulrich Schneider

Ein neuer Anfang für die Wehrmachtsausstellung?

„Recherchen haben bestätigt, dass von den 1433 Fotografien der Ausstellung weniger als 20 Fotos nicht in eine Ausstellung über die Wehrmacht gehören", so lautet eine der Kernaussagen der Kommission zur Überprüfung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" in ihrem Abschlussbericht vom November letzten Jahres.



Bogdan Musial *Bild: Dietmar Gust*

Damit könnte man das Thema „geschichtsrevisionistische Kritik" an der Ausstellung als erledigt betrachten, wenn nicht die Arbeit der Kommission, bestehend aus Omer Bartov, Cornelia Brink, Gerhard Hirschfeld, Friedrich P. Kahlenberg, Manfred Messerschmidt, Reinhard Rürup, Christian Streit und Hans-Ulrich Thamer in ihrem knapp 100seitigen Bericht nicht noch weitere Wertungen vorgenommen hätte.

Die Kommission kam zu dem Ergebnis: „Die Ausstellung enthält 1. sachliche Fehler, 2. Ungenauigkeiten und Flüchtigkeiten bei der Verwendung des Materials und 3. vor allem durch die Art der Präsentation allzu pauschale und suggestive Aussagen. [...] Dessen ungeachtet bleiben die Grundaussagen der Ausstellung über die Wehrmacht und den im 'Osten' geführten Vernichtungskrieg der Sache nach richtig. Es ist unbestreitbar, dass sich die Wehrmacht in der Sowjetunion in den an den Juden verübten Völkermord, in die Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen und in den Kampf gegen die Zivilbevölkerung nicht nur 'verstrickte', sondern dass sie an diesen Verbrechen teils führend, teils unterstützend beteiligt war."

Mit ihrer „sowohl-als-auch" Haltung ging die Kommission - gewollt oder ungewollt - auf die von Rechts geäußerte Kritik ein, als sie der Ausstellung vorhielten, sie argumentiere „teilweise zu pauschal und unzulässig verallgemeinernd. Auf diese Weise und durch die Art der Präsentation hat sie dazu beigetragen, dass sie nicht als eine Ausstellung über die Besonderheiten des in der Sowjetunion geführten Vernichtungskrieges, sondern als eine Ausstellung über 'die' Wehrmacht - eben als 'Wehrmachtsausstellung' - rezipiert worden ist."

Hannes Heer und den anderen Machern der Ausstellung wurde vorgeworfen, man habe „durch die Zusammenstellung von Bildsequenzen das Geschehen visuell 'dramatisiert'."

Was soll uns diese Differenzierung sagen? War der Krieg vielleicht doch nicht so schlimm wie gezeigt? War die Wehrmacht in den anderen Phasen der faschistischen Kriegspolitik vielleicht weniger treibend, vielmehr getrieben? Hat man sich in den anderen überfallenen Ländern treu und brav an die Haager Landkriegsordnung gehalten und keinerlei Verbrechen begangen? Waren die anderen Kriegsaktionen, der erste Einsatz im spanischen Bürgerkrieg, die Besetzung Tschechiens, die Überfälle auf Polen, die Niederlande, Belgien, Frankreich, Dänemark etc. vielleicht keine Kriegsverbrechen, wenn gleich sie nicht die Dimension der Vernichtung erreichten, wie in der Sowjetunion?

Doch den Gegnern der Wehrmachtsausstellung reicht diese Distanzierung nicht aus. Wie erwartet sehen sich die Wehrmachtsapologeten aus dem reaktionären und neofaschistischen Spektrum durch den Rückzug inhaltlich bestätigt. Zu ihrem Protagonisten wird immer mehr Bogdan Musial, der mit seinen Hinweisen auf die falsche Zuordnung einzelner Bilder zum Rückzug der Ausstellung beigetragen hatte. Als polnischer Historiker scheinbar der Geschichtsrevision unverdächtig, darf er sich nun in der „Welt", der FAZ und der FR ausführlich mit dem Gutachten der Expertenkommission auseinandersetzen. Ihm, „dessen Antikommunismus von Antisemitismus kaum zu trennen ist", wie die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung" schrieb, geht die Verurteilung der Ausstellung natürlich nicht weit genug. Für Musial bleibt die Wehrmachtsausstellung eine „optische Inszenierung und Provokation mit manipulativem Charakter". (FR 03. 01. 2001) Er selbst bereicherte die Diskussion um die Verbrechen der Wehrmacht in seinem jüngsten Buch um die Behauptung, dass die Massenmorde der Wehrmacht an der jüdischen Bevölkerung in den okkupierten Gebieten „Vergeltungsmaßnahmen für sowjetische Massaker in den ersten Wochen des deutsch-sowjetischen Krieges" gewesen seien. Ernst Nolte und sein Auschwitz-Gulag-Vergleich von 1986 lassen grüßen.

Doch trotz solcher Thesen ist auch Jan Phillip Reemtsma bereit, den Kritikern zu folgen und das Gesamtkonzept der Ausstellung zu verändern. Schon im September 2000 erklärte er in einem Redaktionsgespräch der „Welt" mit Bogdan Musial, die alte Ausstellung habe „zu viele mentalitätsgeschichtliche Äußerungen gemacht, die dann auch noch überzeichnet werden konnten", wie z. B. das Bild des grinsenden Soldaten neben dem Erhängten. Dieses Bild habe eine zu „eindeutige Interpretation" nahegelegt. In der Tat stellt sich die Frage, was auf diesem Foto anderes zu sehen sein sollte, als ein Angehöriger der Wehrmacht, der ohne „nagenden Zweifel" oder Schuldbewusstsein für sich und seine Nachwelt die Konsequenzen des Vernichtungskrieges dokumentiert hat. Doch das ist für Reemtsma zu konkret. Er kündigte an, dass die überarbeitete Ausstellung die „Schrecken des Kriegs" ganz abstrakt darstellen werde, „unter welchen Umständen Menschen ihresgleichen umbringen". Es sei notwendig „Einzelfall-Geschichten sehr genau zu rekonstruieren und die Komplexität des Geschehens darzustellen". Zwar habe dies mit Relativierung nichts zu tun, betont Reemtsma selber, doch - so der Historiker Willi Jasper in einer Stellungnahme - sei es unverkennbar, dass Reemtsma „kräftig zurückrudert, um den aktuellen Mainstream der offiziellen Geschichtspolitik zu erreichen", und das bedeutet, den Mainstream der Totalitarismus-These.

Dies wird sich - so steht zu erwarten - in der überarbeiteten Ausstellung im Frühsommer 2001 niederschlagen. Gleichzeitig wolle man die öffentliche Auseinandersetzung um die alte Ausstellung dokumentieren, heißt es. Welchen Platz werden dabei die relativierenden und geschichtsrevisionistischen Positionen einnehmen? Schon jetzt bedeutet der Stand der Debatte um die Ausstellung einen Punktsieg der Geschichtsrelativierer. Dabei ist es noch nicht ausgemacht, ob die eher akademische Debatte zur „mentalitätsgeschichtlichen Perspektive" die zukünftige Rezeption der Ausstellung nachhaltig beeinflusst. Auch die ursprüngliche Ausstellung hatte inhaltliche Schwächen, die jedoch durch das Engagement antifaschistischer Initiativen, durch Broschüren, inhaltlich erläuternde Führungen und ein politisches Begleitprogramm kompensiert werden konnten. Dies dürfte durch die neue Ausstellung schwerer werden, aber es bleibt weiterhin möglich und notwendig, um keinen Raum für geschichtsrevisionistische Relativierungen zu lassen. Gerade den 60. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion im Sommer diesen Jahres sollte - mit oder ohne Ausstellung - als Gelegenheit genutzt werden, Wehrmachtsapologeten und Geschichtsrevisionisten jeglicher Couleur entgegenzutreten.

„Freie Kameraden" setzen sich erneut durch

Nachdem die Wahl vom 14. Oktober letzten Jahres zum NPD-Vorsitz in Schleswig-Holstein vom Bundesverband aufgrund eines Parteiausschlussverfahrens gegen Jürgen Gerg für nichtig erklärt worden war, konnte sich bei der erneuten Abstimmung jetzt Peter Borchert durchsetzen. Wiederum beglückwünschte das „Aktionsbüro Norddeutschland" prompt zu diesem Erfolg, mit dem Vermerk, dass „die NPD im bevorstehenden Verbotsverfahren mindestens auf diesen einen Landesverband zurückgreifen kann, wenn es darum geht, den Rechtskampf offensiv auf die Straße zu tragen!" Außerdem wurden noch Jörn Lemke und Stephan Saur in den Vorstand gewählt.

Pierre Briegert

Fluchtwege des Christoph S.

Nach dreiwöchiger Flucht wurde der Neonazi Christoph Schulte am Abend des 2.2. in Spijkenisse bei Rotterdam festgenommen. Er soll am 13.1. diesen Jahres in München einen Griechen beinahe totgeprügelt haben.



Mitte: Christoph Schulte beim Aufmarsch in Düsseldorf am 28.10. 2000

Tatort München, 13.1.: Vor der Münchner Gaststätte „Burg Trausnitz“, wird ein Grieche von der 17jährigen Arnsbergerin Maria Anna von Papen angepöbelt und angegriffen. Als er sich wehrt, schlagen und treten fünf neonazistische Skinheads auf ihn ein. Zwei zufällig des Weges kommende Türken schreiten ohne zu zögern ein und organisieren anschließend aus einem türkischen Lokal Verstärkung. Gemeinsam gelingt es, daß von Artemios T. abgelassen und dieser nicht lebensgefährlich verletzt oder gar getötet wird, sondern mit einem Nasenbeinbruch, einer Augenverletzung, schweren Prellungen und einem Schock davon kommt. Die zwischenzeitlich eingetroffene Polizei nimmt 18 Neonazis fest. Anderen gelingt mit Hilfe des kroatischen Wirts die Flucht durch den Hinterausgang der Gaststätte, in der an diesem Abend der neonazistische „Freizeitverein Isar 96 e.V.“ (FZV) mit 60 Gästen den 25. Geburtstag eines „Kameraden“ und den Abschied eines Münchner FZV-Aktivisten feierte. Dabei soll es sich bei einem der beiden um den Münchener Reiner Mehr, Betreiber der Homepage des „Nationalen Widerstands Bayern“, bei dem anderen um Dominik B., einen Studenten aus München handeln. Der neonazistische „Freizeitverein Isar 96 e.V.“ führt in der Gaststätte regelmäßig Stammtische durch. Er wurde 1996 von ehemaligen Angehörigen des drei Jahre zuvor verbotenen „Nationalen Blocks“ gegründet. Leiter des „Freizeitvereins“ ist Josef Ranftl. Nach Angabe des bayerischen Verfassungsschutzes gehören rund 15 bis 20 Mitglieder dem Verein an.



Deutsche und niederländische Neonazis marschieren gemeinsam in Essen

Gegen 14 Täter erging Haftbefehl, gegen von Papen, ihren geflüchteten Freund Christoph Schulte aus Plettenberg (Märkischer Kreis, NRW) und einen 18jährigen aus Olching (Bayern) wegen versuchten Mordes, gegen die anderen wegen gefährlicher Körperverletzung. Das LKA Bayern setzte für Hinweise, die zur Ergreifung von Schulte führen, eine Belohnung in Höhe von 5.000 DM aus, die später auf 30.000 DM erhöht wurde. Der erhoffte Tip aus der Szene aber blieb trotz dieser ungewöhnlich hohen Belohnung aus; die Szene solidarisierte sich mit Schulte. Während sich der „Nationale Widerstand Hagen/Lüdenscheid“ noch damit zufrieden gab, darüber zu jammern, daß „unser Kamerad Christoph“ einer „Hasskampagne“ zum Opfer gefallen sei, gingen andere Neonazis im Internet in die Offensive und veröffentlichten Fotos von fünf derjenigen Personen, die Artemios T. vermutlich das Leben gerettet haben. Schulte sei einem „deutschen Mädel“, das von einem „Ausländer belästigt“ worden sei, zu Hilfe geeilt und darauf hin von den abgebildeten und weiteren „Ausländern“ bewußtlos geprügelt worden.

Hoffnungsträger und Reisekader

Obwohl erst 19 Jahre alt, gehört Schulte bereits zum erweiterten Kreis des Kaderstamms der „Freien Kameradschaften“ in NRW. Auch für die NPD ist er aktiv, was durch seine Kommunalwahlkandidatur 1999 im Märkischen Kreis belegt ist. Er gehört dem von Lüdenscheid aus agierenden Kreis um die ehemaligen Betreiber des stillgelegten „Donner-Versands“ an, der heute den von Stephan Haase und Axel Schoppmann geführten NPD-Ortsverband Lüdenscheid bildet. Eng verzahnt ist dieser Kreis mit dem „Nationalen Widerstand Hagen/Lüdenscheid“ um den Hagener Ronald Guziewski. Gute Kontakte pflegt Schulte zudem zur „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF), zur „Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten“, zur „Kameradschaft Dortmund“ um Siegfried Borchardt und Michael Krick sowie zur niederländischen „Nederlandse Volks-Unie“ (NVU). Der als brutaler Schläger bekannte Schulte tritt seit dem letzten Jahr als Ordner auf Demonstrationen der „Freien Kameradschaften“ auf. Bei den Aufmärschen am 21.10. in Dortmund und 9.12. vorigen Jahres in Köln gehörte er dem Organisatorenteam um den Anmelder Christian Worch an.

Eine der Kontaktpersonen zwischen den nordrhein-westfälischen und bayrischen Neonazis ist der aus Geldern (NRW) stammende Norman Bordin, heute „Kameradschaftsführer“ des bayrischen „Aktionsbüro Nationaler Widerstand Freilassing“. Bordin baute 1997 in Velbert (Kreis Mettmann, NRW) das „Nationale Forum Niederberg“ (NFN) auf, aus dessen Reihen drei der Täter stammen, die am 23.9. vorigen Jahres einen Brandanschlag auf ein Wuppertaler Flüchtlingswohnheim verübten und sich deswegen zur Zeit wegen 36-fachen Mordversuchs vor dem Wuppertaler Landgericht zu verantworten haben. Nach Streitigkeiten um die „Kameradschaftsführung“ brach Bordin Anfang 1999 seine Zelte in Velbert ab, zog zurück in seine Heimatstadt Geldern und anschließend nach Freilassing, wo kurze Zeit danach das „Aktionsbüro Nationaler Widerstand Freilassing“ in Erscheinung trat.

„Deutsch-Niederländische Achse“

„Die rechte Szene ist europaweit verwoben, das ist das Interessante an dem Fall“, teilte die Münchner Kripo nach Schultes Festnahme mit. Man sei auf ein „internationales Netzwerk von Fluchthelfern“ gestoßen. Von München aus ins sauerländische Plettenberg habe ihn der Lüden-

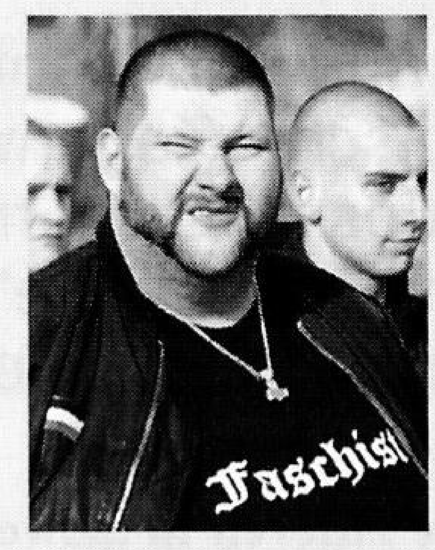
scheider Marc M. gefahren. Dort habe er sich einige Tage versteckt gehalten. Anschließend habe ihn Carsten K. nach Arnheim gebracht. Bei K. handelt es sich um Carsten Köppe, „Kameradschaftsführer“ der „Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten“, der im letzten Jahr wegen Körperverletzung an einen Aussiedler und Verbreitung indizierter CDs zu einer 18-monatigen Bewährungsstrafe verurteilt worden war. Eine Hausdurchsuchung in Dreumel bei Arnheim verlief jedoch erfolglos, Schulte war bereits in die Nähe von Rotterdam weitergeleitet worden. Als er dann doch festgenommen werden konnte, war er gerade auf dem Weg ins belgische Antwerpen. Noch am selben Abend wurden neun deutsche Fluchthelfer festgenommen, gegen Köppe und Marc M. erging Haftbefehl.

Schultes Fluchtroute und internationalen Kontakte verwundern keineswegs. Seit Jahren sind auf nahezu jeder Neonazidemonstration in der BRD niederländische und auch belgische Neonazis anzutreffen. Besonders gute Kontakte pflegen die nordrhein-westfälischen „Freien Kameraden“ zur „Nederlandse Volks-Unie“ (NVU) um Constant Kusters, in die sich in den letzten Jahren auch die von Eite Homan geführte „Aktiefront Nationale Socialisten“ (ANS), dem 1984 vom Martijn Freling und Cees Ladestein gegründeten niederländischen Ableger der 1983 in Deutschland verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten“ (ANS/NA), aufgelöst hat. Homan, der über sehr gute internationale Kontakte verfügt, ist heute neben Kusters die zweite wichtige Figur in der Partei. Spätestens seit dem Verbot der deutschen FAP Anfang 1995 geben sich deutsche Neonazis in den Niederlanden die Klinke in die Hand. Federführend bei der Kooperation mit der NVU betätigten sich ab 1995 die SAF-Kader Andree Zimmermann und Thomas Kubiak, die allerdings Ende 1997 bei einem schweren Autounfall ums Leben kamen. Ihre Rolle übernahm ab 1999 der ehemalige SAFler Michael Krick. Es finden regelmäßig gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen in den Niederlanden statt, so zum Beispiel in den Jahren 1998, 1999 und 2000 „Rudolf-Hess-Gedenkmärsche“, die in der BRD nach 1996 nicht mehr durchsetzbar waren. Auch daß Schultes erste Station in den Niederlanden Arnheim hieß, dürfte kein Zufall sein, da in Arnheim Constant Kusters lebt und die Stadt häufiger Anlaufpunkt deutscher Neonazis ist. Aus dem Arnheimer Vorort Westervoort stammt zudem der NVU-Aktivist Chris Smit, der ebenso wie Schulte auf Demonstrationen der „Freien Kameradschaften“ im Ordnerdienst tätig ist und seit Jahren gute Kontakte in den Märkischen Kreis und in den Raum Dortmund/Witten pflegt.

Keine 24 Stunden nach Schultes Festnahme reisten deutsche Neonazis erneut in die Niederlande. 26 Niederländer und Deutsche wurden im grenznahen Kerkrade festgenommen. Geplant war eine Spontandemonstration anläßlich der 2002 anstehenden Kommunalwahlen, zu denen die NVU auch in Kerkrade antreten wird. Unter den Festgenommenen befanden sich neben Kusters und Homan auch Siegfried Borchardt und Christian Malcoci aus Jüchen. Letzterer zählt zu den bundesweit wichtigsten Kadern der „Freien Kameradschaften“. Der gebürtige Rumäne war einer der federführenden Figuren in der ANS/NA und in der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF). Er organisierte schon Ende der Achtziger gemeinsam mit Freling Aktionen in den Niederlanden. Im Stuttgarter „Bewegungsprozeß“ wegen Fortführung der verbotenen ANS/NA angeklagt, wurde er am 7.3.95 zu einer geringen Bewährungsstrafe von 18 Monaten verurteilt. Von der NVU wurde Malcoci im letzten Jahr als Spitzenkandidat für die anstehenden Kommunalwahlen in Kerkrade nominiert, eine Propagandastrategie, die auf einen Aufschrei in den niederländischen Medien setzt und den Bekanntheitsgrad der NVU erhöhen soll. Bereits bei den letzten Kommunalwahlen 1998 initiierte Freling die Kandidatur von zwei Deutschen für die Partei CP'86 in Kerkrade. Aufgestellt wurden Maria Luise Malcoci, ex-Ehefrau von Christian Malcoci, sowie Andree Zimmermann, der allerdings aufgrund seines Ablebens nicht antreten konnte.

Nach der gescheiterten Aktion am 3.2. diesen Jahres wurden die deutschen Neonazis Eigenangaben zufolge mit einem einjährigen Einreiseverbot in die Niederlande und einer Geldstrafe in Höhe von 500 Gulden belegt. Der Zusammenarbeit zwischen niederländischen und deutschen Neonazis wird diese Maßnahme jedoch keinen Abbruch tun. Einen Tag später hielt sich Michael Krick bereits wieder in Rotterdam auf.

Hehl auf freiem Fuß

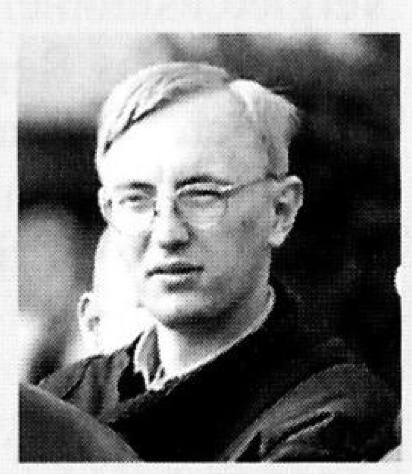


Christian Hehl

Der Ludwigshafener Neonazi-Kader und NPD-Funktionär Christian Hehl (31) wurde Ende November aus der Haftanstalt Frankenthal entlassen. Aufgrund der Begleichung einer Geldstrafe von 5000 Mark blieben Hehl weitere siebeneinhalb Monate Haft erspart. Das Anfang des vergangenen Jahres eingerichtete Spendensammelkonto zugunsten des Neonazis („Freiheit für Hehli“) bei der Postbank Ludwigshafen war von dieser im August gekündigt worden. Der mehrfach vorbestrafte Skinhead Hehl war vorübergehend sogar Freigänger, ehe er mit einem Interview gegen die Auflage, sich nicht einschlägig politisch zu betätigen, verstieß. Während seiner gesamten Haftzeit wurde Hehl von der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangenen und deren Angehörige“ (HNG) betreut.

Verfahren und Urteile

Sechs rechtsradikale Schläger sind in Essen angeklagt worden, einen ihrer „Kameraden“; schwer misshandelt zu haben, nachdem ihnen zu Ohren gekommen sei, dieser habe ein zwölfjähriges Mädchen vergewaltigt. Vier der Verdächtigen sind NPD-Mitglieder. Der zum Opfer gewordene Mann betätigte sich aber auch gleich wieder als Täter, indem er wenig später einen Obdachlosen angriff und diesen schwer verletzte.


T. Crämer

Im „Kemna-Prozess“ (siehe DRR Nr. 68) wurde der NPD-Stadtrat Thorsten Crämer wegen schweren Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung zu zwei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Vier weitere Mittäter bekamen ebenfalls Haftstrafen zwischen einem und anderthalb Jahren ohne Bewährung. Zwei der Täter wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt. Drei weitere an dem Überfall beteiligte Jugendliche hatten schon im Vorfeld Bewährungsstrafen erhalten. In einem abgetrennten Verfahren wurde der „Mann für's Grobe“ Norbert Wölk zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Ein 20-jähriger aus Wismar, der eine leer stehende Kindertagesstätte, in der er Obdachlose vermutete, angegriffen hatte, wurde im Januar zu zwei Jahren und sechs Monaten Jugendstrafe verurteilt. Außerdem ordnete das Gericht die Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik an, da der unter einer schweren Persönlichkeitsstörung leide. Bei einer Durchsuchung seiner Wohnung hatten die Ermittler rechtsextremes Propagandamaterial und einen NPD-Mitgliedsausweis gefunden.

Das Jugendschöffengericht Eisenach hat im Januar diesen Jahres einen 16-Jährigen für den Sprengstoffanschlag im August letzten Jahres auf einen türkischen Imbiss in der Wartburgstadt zu einer Bewährungsstrafe von acht Monaten und 150 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt.

„Achtung Linksextremist“ lautet die Überschrift eines Flugblattes, welches am 25. Mai letzten Jahres in der thüringischen Stadt Eisenach verteilt wurde. Der Überschrift folgt ein antisemitisches und rassistisches „Outing“ von einem aktiven Eisenacher Antifaschisten sowie dessen Vater. Die Anti-Antifa-Aktion der Kameradschaft Eisenach hat nun ein juristisches Nachspiel: Patrick Wieschke, Führungskader der Eisenacher Neonaziszene, muss sich in einem Zivilverfahren vor Gericht für den Flugblattinhalt verantworten. Nach zwei Verhandlungsterminen wird nun am 1. März diesen Jahres das Urteil erwartet.



Patrick Wieschke bei einem JN-Aufmarsch am 3. Februar in Jena

Zeitenwende

Mit seinen Studien und Kommentaren hat Moshe Zuckermann in den letzen Jahren immer wieder kritisch die israelische und deutsche Gegenwart hinterfragt, nicht ohne die jeweilige Instrumentalisierung des Vergangenen darzustellen. Moshe Zuckermann ist Soziologe und Historiker an der Universität Tel Aviv und leitet das „Institut für deutsche Geschichte". Seit Jahren ist er auch in einer israelisch-palästinensischen Dialoggruppe aktiv. Das Gespräch führten Peter Bern und Andreas Speit.

Der Rechte Rand: Sie zitieren in „Zweierlei Holocaust" Jürgen Habermas, eine Gesellschaft könne nichts für ihre Tradition, es liege aber bei ihr, wie sie damit umgehe. Hat die israelische Gesellschaft, angesichts der Diaspora und des Holocaust, diese Freiheit?

Zuckermann: Der israelische Historiker Yehuda Elkanas hat es auf den Punkt gebracht. Er sagte, symbolisch gesprochen seien aus Auschwitz zwei Völker herausgekommen. Das eine, eine Minderheit, die sagt: „Es soll nie wieder passieren." Die meint das universell. Demgegenüber apostrophiert er die zweite Gruppe, die Mehrheit, die sagt: „Es soll nie wieder uns passieren." Das also ist die partikulare Lehre aus dem Holocaust. Die bedeutet mehr oder weniger, dass man den Holocaust für etwas vereinnahmt, das zwar auf der einen Seite die eigene Furcht, die eigene Angst und die eigene Sicherheit bedient, aber auf der anderen Seite die Opfer für etwas rekrutiert, das neue Opfer schafft: „Damit wir das nicht wieder erleben müssen, dürfen wir die anderen jetzt repressiv behandeln." Während es für Deutschland sehr zuträglich wäre, nicht zu vergessen, dass es ja doch um Juden gegangen ist, und nicht allzu schnell ins Universelle zu gehen, ist es für Israel sehr wichtig, das Universelle mit einzubeziehen.

DRR: Kann man sich wirklich diese Freiheit nehmen, angesichts einer Geschichte, die wie ein Alp auf den Geschlechtern lastet?

Zuckermann: Es hat eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung initiierte Erhebung gegeben, eine repräsentative Darstellung von israelischen Jugendlichen, die fürs letzte Jahr erwiesen hat, dass ein Großteil der jüdischen Jugendlichen Israels in Deutschland nichts mehr erblickt, das in irgendeiner Weise ressentimentbeladen wäre oder negativ besetzt wäre. Man ist mehr oder weniger indifferent.

Dass es so etwas gibt heißt, je mehr wir uns von dem historischen Ereignis entfernen, kann ideologisiert werden, mythifiziert werden, fetischisiert werden, verdinglicht werden. Es bedeutet auch, dass es seinen emotionalen Charakter, was vom eigentlichen ursprünglichen Gedanken ausgegangen ist, verliert. Je mehr wir uns entfernen, sind wir fähig, das, was zunächst nicht handhabbar ist, handhabbarer zu machen.

Wie passiert das? Über Praktiken - ich bin der Meinung, dass die wichtigsten Gedenkpraktiken die politischen Praktiken sind: Antirassismus, Antifaschismus, Demokratie. Bei Intellektuellen, Geisteswissenschaftlern funktioniert das diskursiv, indem man die Sachen ausdiskutiert, indem man analysiert, in den man die Sachen versucht, auf den Bewusstseinspunkt zu bringen. Da bin ich ein unverbesserlicher Zögling der Aufklärung. Ich weiß, wie die Geschichte auf den Geschlechtern lastet, ich weiß auch, dass Marx sagt, erst die Tragödie, das zweite mal die Farce. Ich weiß auch, wie die Mythisierungsvorgänge passieren, aber ich weiß auch, wie man sie dekonstruieren kann.

DRR: Dan Bar-On universalisiert seine Therapieerfahrung mit den Nachkommen von Holocaust-Überlebenden und wendet sie an in Nordirland, Süd-Afrika, Palästina und Bosnien. Ist das legitim?

Zuckermann: Legitim ist es schon daraus, dass der Mann es dazu gebracht hat, dass eine ganze Menge Neurosen abgebaut worden sind. Aber: Die Frage, die Sie eigentlich stellen, ist die nach der Vergleichbarkeit des Holocaust. Es sind zwei Antworten für mich möglich. Die eine, die da sagt, „nicht vergleichen!". Die auch immer schon das Moment des Fetischcharakters des Holocaust mitdenkt. Das heißt, nicht vergleichen, damit niemand sich anmaßt, Anspruch an das Gedenken zu erheben, wie wir als Juden das machen dürfen. In welchem Sinne würde ich dennoch die Einzigartigkeit denken wollen? Eben als Kulminationspunkt menschlicher Repression, was Menschen Menschen antun können. Und da eine Skala schaffen und sagen, je mehr wir uns dem annähern, desto mehr müssen wir uns fürchten, in welcher Realität wir leben. Das heißt, dass es zu einer regulativen Idee wird, die versucht, das in der Geschichte zu bewahren, zu fragen: „was ist da entstanden", und das Einzigartige dahingehend als Einzigartiges versteht, dass es zu einem absoluten Vergleichsmoment geworden ist. Nicht, indem ich dann das Repressive ausschließe, das im Vergleich zu dem milder ist, sondern ganz im Gegenteil, indem ich sage: man nähert sich ja diesem Einzigartigen, indem man die und die Praxis betreibt.

DRR: In der Betrachtung historischer Ereignisse gleitet das Ereignis, wenn sein Augenblick vorbei ist, in die Erzählung über. Sie schreiben selber von Holocaust und von „Holocaust". Damit deuten sie die Funktion der Erzählung des Holocaust in der israelischen Gesellschaft an. Wie vermeiden Sie, dass diese Differenzierung seitens der Holocaustleugner als Diskursstrategie revisionistisch aufgegriffen wird?

Zuckermann: Das ist eine Frage, die uns in der gesamten Hermeneutik umtreibt und in der Postmoderne endgültig auf den Punkt gekommen ist: Was ist der Kontext dessen, was man sagt. Wenn jemand sich gütlich tun will an mir und meinem Umfeld, an Freud, an Marx, an Hegel und an Kant, wird er das tun, selbst wenn er der größte Faschist ist. Die Frage ist, ob diejenigen, die dann den Faschisten hören oder mich hören, die Kontextualisierung machen können und meinen: der redet aus der inneren Logik Israels und kritisiert Israel in emanzipativer Absicht, wogegen der andere ihn instrumentalisiert, um dann repressiv nicht nur gegen Israel, sondern auch gegen den Gedanken Israel überhaupt vorzugehen.

Das Minimum, das man voraussetzen könnte ist, wenn ein Neonazi sagt, Israel instrumentalisiert den Holocaust und wenn ein nicht gerade zionistischer Marxist dies sagt, dass man diesen Unterschied aus dem Kontext, der Absicht und der Argumentationsbreite heraus differenzieren können sollte.

DRR: Martin Walser sprach von einer Instrumentalisierung von Auschwitz - sie waren einer seiner schärfsten Kritiker, obwohl sie diese Formulierung selbst benutzen?

Zuckermann: Ja, und ich glaube, dass ich auch versucht habe, darzulegen, warum sich der Instrumentalisierungsgedanke bei mir und bei Walser unterscheidet. Ich glaube, dass Walser versuchte, narzisstisch ein Privatproblem öffentlich zu elaborieren. Man redet nicht zu 80 Millionen Menschen und hat dann eine private Gewissensfrage erörtert. Etwas ganz anderes ist es, wenn ich sage, dass das Ereignis Holocaust in seiner Bedeutung als ein weltgeschichtliches Ereignis, vom Zionismus zionisiert worden ist. Das heißt, in die Teleologie des zionistischen Gedankens integriert worden ist. Da ist für meine Begriffe einiges passiert: Erstens die Entwertung des historischen Ereignisses selber, zweitens die Instrumentalisierung des Andenkens der Opfer und drittens, was in Israel immer mehr untersucht wird, wie war der Empfang dieser Holocaust-Überlebenden, deren Geschichte man nun so sehr in die eigene Narration integriert, in der Realität. Was heißt es, wenn in den 1950er-Jahren in der öffentlichen Sphäre das Private dieser Leute mehr oder weniger beschwiegen, verschwiegen und ausgeschlossen wurde. Darum geht es mir. Damit hat der Walser nichts am Hut.

Walser ist da nicht der einzige, es gibt überhaupt in der ehemaligen linksradikalen, späterhin linksliberalen Szene, besonders der des Feuilletons eine Zeitenwende: Man schäkert mit den Momenten des Erinnerns, man kokettiert, dass man seinen Zoll in den 1960ern entrichtet habe, jetzt kann man sich leisten, „vor Kühnheit zu zittern".

DRR: Garantiert nicht gerade der Habitus des Tabubruchs, in den Feuilletons zu landen?

Zuckermann: Ich glaube, dass ein Tabubruch immer einen Lustgewinn erbringt. Es ist in der Tat so etwas in der deutschen Szene zu bemerken. Bei den Rechtsradikalen manifestiert sich die Sache, indem sie dann ganz provokant sagen: "Wir spielen dieses Spiel nicht mehr mit". Eigentlich ekelhaft wird es bei denen, die meinen, sie wissen ja, dass es ein Tabu ist, aber es wird jetzt höchste Zeit, es zu durchbrechen, und sie beben vor Mut. Was ihnen dabei natürlich

sehr entgegenkommt ist die Tatsache, dass man heute überhaupt nicht mehr mutig sein muss. In der Tat war es so, dass kaum, nachdem Walser fertig geredet hatte, 1.500 Leute aufstanden und ihn mit Ovationen beklatschten.

Aber darüber hinaus: Was bedeutet es heute in Deutschland, über das Deutschsein zu reden? Da hat sich seit der Wiedervereinigung etwas Grundlegendes geändert. Deutschland ist eine Weltmacht geworden. Es kann sich keine Nation in der Welt mehr erlauben, Deutschland nicht zu hofieren. Das bedeutet aber auch, dass diese neue Realität, diese neue Basis einen neuen Überbau braucht. Und der wird im Moment von den großen Spezialisten des Überbaus konstruiert. Das sind genau die Leute in der linksliberalen Szene.

DRR: Wie geeignet ist der deutsche Sprechort überhaupt für Kritik an Israel?

Zuckermann: Dass man Israel kritisieren kann, ist mir mindestens genauso klar, wie den deutschen Intellektuellen. Aber ich meine: quod licet jovi non licet bovi. (Was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen noch lange nicht erlaubt.) Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Während des Golfkrieges war Israel total hysterisiert. In diesem Zustand trat Christian Stroebele in Israel auf und meinte, Israel hätte sich die Angriffe selber zuzuschreiben, denn wäre es jetzt bereits in einem Friedensverhandlungsprozess mit den Palästinensern, würde das nicht passieren.

Man muss ganz ehrlich und leise sagen: der Mann hatte ja recht. In der Tat war es so, dass es kurze Zeit vor Ausbruch des Krieges ein Kommittee gegen den Krieg in Israel gab. Das meinte: Wenn wir jetzt die Verhandlungen mit den Palästinensern ansetzen, dann wird es keinen Angriff auf Israel geben. Aber hier kommt genau der Unterschied, ob man sich das von einem Deutschen anhören muss, nachdem die Rede war von einem deutschen Gas, das von der deutschen Industrie an Israels übelsten Feind geliefert worden war. So sehr ich die innere Logik dieser Argumentation nachvollziehen kann, muss man sagen, das war die größte Dummheit, die in dem Moment rein von der Situation her gemacht wurde.

DRR: Dass „Auschwitz sich nicht wiederhole, nichts ähnliches geschehe“ hat Theodor W. Adorno als Imperativ aufgestellt. Dieser Imperativ hat sich in der „neuen Mitte“ Deutschlands verdinglicht in der Führung des Kosovokrieges. Wie kann man Verdinglichung einerseits, die diesen Imperativ zur geostrategischen Floskel werden lässt, und Mythisierung andererseits vermeiden?

Zuckermann: Nur praktisch. Das heißt nicht, dass ich das definieren kann, nur in der Praxis muss sich das erweisen. Das heißt, wenn Joschka Fischer bei Ausbruch des Kosovo-Krieges sagt: „Nie wieder Auschwitz“, dann stellt sich für mich erstens die Frage: Instrumentalisiert er Auschwitz dabei, zweitens, ist seine Instrumentalisierung mit der Walsers vergleichbar, und drittens, wenn nicht, worin macht er einen Fehler, wenn er diese Konstellation schafft.

Ich glaube, dass für ihn der Impetus des Auschwitz-Moments in der Tat ein emanzipativer ist. Und dennoch hat er objektiv Auschwitz ideologisiert, dahingehend, dass die Sache, die im Kosovo passiert war, unter anderem auch von Deutschland, aber ganz bestimmt vom Westen forciert, nämlich die Parzellierung und die Fragmentierung all dessen, was Jugoslawien gewesen ist, im Nachhinein vertugendlicht wurde. Da wird Auschwitz zu einem Argument, das mir sehr unbekömmlich erscheint.

Man instrumentalisiert das Vergangene immer. Die einzige Frage, die sich für mich stellt ist: mit welcher Absicht? Jeder, der instrumentalisiert im Sinne einer Anschauung, die sagt, „nie wieder Opfer“, redet zumindest dem Opfer im Stande seines Opferseins das Wort. Das heißt, er gedenkt der Opfer. Jeder hingegen, der die Opfer instrumentalisiert, um neue Opfer zu schaffen, der sagt: „Weil man das uns angetan hat, dürfen wir jetzt neue Opfer entstehen lassen“, kontaminiert das Andenken der Opfer.

DRR: Sie führen aus, dass Gedenken nur im Handeln gegen die Verhältnisse, die Auschwitz möglich gemacht haben, der konsequenteste Weg wäre. Das ist sehr abstrakt ausgedrückt.

Zuckermann: Ich will das Abstrakte konkret sagen: Adorno sagt etwas sehr Wichtiges. Er spricht vom „drohenden Rückfall in die Barbarei.“ Es gibt keine Drohung mehr, sagt er. Die Barbarei, oder der Rückfall in die Barbarei hat schon stattgefunden. Das heißt, sie lebt schon in unserer Lebenswelt. Jetzt ist die Frage, wie gehen wir damit um?

Für Adorno heißt es ganz eindeutig, dass die Bedingungen, die Auschwitz zeitigen konnten, noch nicht aus der Welt geschaffen sind. Das sind soziale, das sind ökonomische, das sind kulturelle, das sind politische, das sind Sachen, die man aufzählen kann. Nach dem letzten UN-Bericht leiden 850 Millionen Menschen an Hunger, davon 200 Millionen Kinder. Die Mechanismen dessen, was tendenziell etwas Auschwitz-Ähnliches zeitigen könnte, beispielsweise die Ruandas oder die Äthiopiens oder die Dinge, die wir meistens in der 3. oder 4. Welt zu sehen bekommen, wenn wir das nicht zur regulativen Idee einer politischen, einer sozialen, einer kulturellen Praxis machen, dabei aber auch unentwegt Ideologiekritik machen; es ist eine Tatsache, dass man versucht, unser Bewusstsein demgegenüber zu kontaminieren. Wenn wir uns dessen nicht bewusst werden, dann braucht uns nicht zu wundern, wenn uns mit einmal diese Sache aus der Realität anspringt. Deshalb meine ich, dass, während auf der einen Seite dieses Benjamin-Motiv der Erinnerung nach hinten mitgedacht werden muss, die ja bedeutet, dass die Opfer der Vergangenheit einen Anspruch an uns stellen, also der ‚Angelus Novus‘ im benjaminschen Sinne, muss andererseits die ganze Zeit über auch die Praxis angepackt werden. Wenn die nicht angepackt wird, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn ihre real existierenden Mechanismen dann das zeitigen, was wir die ganze Zeit nicht sehen wollten. Praxis ist für mich alles, sowohl die praktisch involvierte, soziale, bzw. politische Arbeit, als auch der intellektuelle Diskurs.

Deutschsprachige Publikationen von Moshe Zuckermann zum Thema: „Zweierlei Holocaust“ (1998), „Gedenken und Kulturindustrie“ (1999) und als Mitherausgeber „Ein Grundstück in Mitte“ (2000).

Roeder bettelt



Der verurteilte Rechtsterrorist Manfred Roeder (71) sammelt derzeit wieder Geld unter seinen Sympathisanten. Anlass ist dieses Mal die Abfindung an seine geschiedene Frau in Höhe von 300.000 Mark, die im Gegenzug Manfred Roeder das Grundstück auf dem Knüll überlässt. Das Haus Richberg im nordhessischen Schwarzborn war auf Gertraud Roeder im Grundbuch eingetragen. Diese hatte nach der Trennung von ihrem damaligen Ehemann 1999 eine Räumungsklage gegen ihn erhoben. Inzwischen erfolgte die Scheidung und der Auszug aus dem Knüll. „Im Vertrauen darauf, dass ich im Sinne meiner Freunde handle, erklärte ich mich bereit, die 300.00 Mark aufzubringen, um den Knüll zu erhalten, ohne zu wissen, woher das Geld kommen könnte.“ Der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ hat durch Urteil des OLG Frankfurt Roeder endgültig ausschließen lassen, „weil ich durch meine Aktionen angeblich das Ansehen des Vereins geschädigt hätte“, wie Roeder in seinem Rundbrief erklärte.

CDUler: „Heil und Sieg“

Der Leiter der Stadtwerke Lennestadt, Johannes Greve, verlor Anfang Januar seine Stelle infolge eines kompromittierenden Neujahrsgruß. Greve hatte in einem Rundbrief allen Mitarbeitern der Stadtwerke Lennestadt „ein schönes Fest und Heil und Sieg im neuen Jahr“ gewünscht. Der Bürgermeister der sauerländischen Kleinstadt, ein Parteifreund Greves, zeigte sich über dessen Formulierung bestürzt und suspendierte ihn von seinem Amt. Der 53-jährige Stadtwerke-Chef Greve ist im benachbarten Schmallenberg bereits in der fünften Wahlperiode Stadtrat der CDU.

Baunack bei REP

Der rechte Liedermacher Friedrich Baunack (45) kandidiert anlässlich der hessischen Kommunalwahlen vom 18. März diesen Jahres wieder für die „Republikaner“. Der selbstständige Montageschweißer belegt den prominenten zweiten Listenplatz der REP in Bad Hersfeld. Baunack hatte bereits Mitte der 90-er Jahre Karriere bei den „Republikanern“ (Kreisrat und Bundestagskandidat) gemacht, ehe er die Partei verließ. Danach fiel Baunack als „besonders aktiver Mitstreiter der Deutschland-Bewegung“ in Nordhessen auf. Ab Anfang 1997 fungierte er als Regionalbeauftragter von Alfred Mechtersheimers „Deutschland-Bewegung“ in Nordhessen. Daneben trat er als Autor der nationalrevolutionären Publikation „wir selbst“ und als „Liederpoet“ in Erscheinung. Zuletzt trug Baunack Anfang Oktober im „Collegium Humanum“ in Vlotho sein Programm einem interessierten Publikum vor.

Sylke Kirschnick

Rechtsextreme „Leitkultur“ an Schulen

Der politische Rechtsextremismus hat sich in den vergangenen zehn bis 15 Jahren um eine starke soziokulturelle Dimension erweitert, die man spätestens seit Mitte der 1990er Jahre als Lifestyle-Zusammenhang beschreiben kann. Rechtsextreme Jugendkultur wird von den Säulen Musik, Symbole, Mythen und einer militarisierten Ästhetik getragen. Sie prägt über das Outfit hinaus den Habitus, d.h. die Denkmuster, sozialen Bilder, Posen und das Verhalten Jugendlicher. Über sie werden rechtsextreme Ideologiegehalte transportiert.

Immer sinnfälliger werden diese rechtsextremen Tendenzen in der Schule, wobei Lehrerinnen und Lehrer sie in der Regel zunächst diffus wahrnehmen. Selten herrscht Klarheit darüber, was es bedeutet, wenn Schüler einander mit „88“ (für „Heil Hitler“) oder „1347“ (für „Mit deutschem Gruß“) begrüßen, in der Pause CDs von Musikbands wie „Landser“ oder Bandprojekten wie „Zillertaler Türkenjäger“ hören wollen, T-Shirts der Marken „Lonsdale“ und „Consdaple“ bevorzugen oder gar mit dem Aufdruck „Odin statt Jesus“.

Viele Elemente rechtsextremer Jugendkultur inklusive ihrer Ideologiegehalte sind in den letzten Jahren zu ästhetischen und ideologischen Trendsettern innerhalb der „normalen“ Jugendkultur geworden. Das wird immer dann deutlich, wenn Schülerinnen und Schüler sich einerseits verbal von „den Rechten“ distanzieren, andererseits eine teilweise ungeheuer aggressiv vorgebrachte Ablehnung gegenüber MigrantInnen, Flüchtlingen, Jüdinnen und Juden, Homosexuellen und anderen Minderheiten sowie „Verständnis für die Rechten“ artikulieren. Diese Schülerinnen und Schüler sind nicht in die rechtsextreme Szene integriert, sie orientieren sich aber im Habitus am rechtsextremen Lifestyle.

Kompetenz und Offenheit

Als Mittel zum Einstieg in eine komplexe Problematik wie Rechtsextremismus können Projekttage unter der Voraussetzung, dass Lehrerinnen und Lehrer entweder informiert sind oder externe Partner hinzuziehen, durchaus sinnvoll sein. Nicht zuletzt, weil Projekttage häufig ein Bild vom soziokulturellen Klima, den Stimmungen und Vorstellungswelten der Schülerinnen und Schüler vermitteln. Als Instrument, rechtsextremen Entwicklungen entgegenzusteuern, greifen sie jedoch zu kurz. Das Thema Rechtsextremismus in der Schule im Rahmen von Projekttagen ein Mal anzusprechen und den Entwicklungen darüber hinaus ihren Lauf zu lassen, ist keine geeignete Methode der Auseinandersetzung und erst recht nicht der Problemlösung im Schulalltag.

Um rechtsextremen Hegemoniebestrebungen an der Schule entgegenwirken zu können, ist es vonnöten, dass Lehrerinnen und Lehrer im Kollegium 1) ihre Wahrnehmungen artikulieren und darüber kommunizieren, 2) diese Bestrebungen als rechtsextreme wahrnehmen und 3) als bearbeitungsbedürftiges Problem anerkennen. Als Einstieg empfiehlt es sich, die Problematik Rechtsextremismus unter Hinzuziehung eines qualifizierten externen Partners zu thematisieren. Einer solchen einführenden Informationsveranstaltung sollten eine intensive Fortbildung möglichst unter Einbeziehung interessierter und engagierter Eltern sowie eine Beratung zu Fragen von Gegenstrategien folgen.

Umgang mit diskriminierenden Äußerungen

Wenn SchülerInnen sich im Unterricht demokratiefeindlich bzw. rassistisch äußern, müssen eindeutige Gegenpositionen formuliert und in Diskussionen diejenigen Schülerinnen und Schüler gestärkt werden, die sich gegen Rechtsextremismus, Demokratiefeindlichkeit und Rassismus exponieren. Das setzt voraus, dass die Lehrer selbst ein Verständnis von Demokratie haben, für das Werte wie Minderheiten- und Opferschutz essentiell sind. Eine „Demokratie“, die Werte wie Geborgenheit, Solidarität, Wärme, soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz etc. nur für eine ethnisch-kulturell „reine“ Gemeinschaft geltend macht, ist keine Demokratie, sondern eine völkisches Gemeinwesen, das sich über Ausschlusspraktiken konstituiert und stabilisiert.

Da die Diskriminierung kultureller Minderheiten zu den beliebtesten argumentativen Strategien rechtsextrem orientierter Schüler gehört, sollten Lehrerinnen und Lehrer in dieser Frage klar Stellung beziehen. Meist entbrennt in diesem Zusammenhang eine heftige Diskussion darüber, wer „deutsch“ ist und wer nicht. In der Regel lassen rechtsextrem orientierte Schülerinnen und Schüler das Staatsangehörigkeitsprinzip nicht gelten und argumentieren mit einer zwischen Biologismus und Kulturalismus oszillierenden völkischen Konzeption des „Deutschen“. Oft kommen dem Nationalsozialismus entlehnte Vorstellungen der „Volkszugehörigkeit“ nach dem „Blutsrecht“ zum Vorschein.

Scheinbar moderater geben sich nationalistische Argumentationen, die eine kulturell homogene Volksgemeinschaft unterstellen, die das Individuum genauso „schicksalhaft“ determinieren soll, wie es der Auffassung der Nationalsozialisten nach die Biologie tat. In dieser Argumentation tritt das angeblich organisch gewachsene Kulturelle lediglich an die Stelle des Biologischen. Zur Legitimation wird meist ein reduziertes nationalistisches Geschichtsbild herangezogen, uneingedenk dessen, dass eine essentiell „deutsche“ Kultur zu keiner Zeit existiert hat.

Es empfiehlt sich, Reizbegriffe wie „deutsche Nation“, „deutsche Kultur“, „deutsche Sprache“ oder „deutsches Volk“, die sich angeblich organisch über Jahrhunderte hinweg entwickelt haben, historisch einordnen zu können. Die holistischen, d.h. auf klar abgrenzbare soziale und kulturelle Ganzheiten zielenden Vorstellungen, die sich mit Begriffen wie „Kultur“, „Nation“, „Sprache“ und „Volk“ verbinden, sind Produkte des ausgehenden 18., vor allem aber des 19. Jahrhunderts. Sie spiegeln keine wie auch immer geartete „objektive Realität“ wider, sondern belegen eindrucksvoll das Repräsentationsparadigma und die Klassifikationspraxis der modernen Wissenschaften, die sich im 18. Jahrhundert durchzusetzen begannen.

Mit Eric J. Hobsbawm kann man Nation als „gesellschaftliche Einheit nur insofern“ verstehen, „als sie sich auf eine bestimmte Form des modernen Territorialstaates bezieht, auf den ‚Nationalstaat‘ [...] Nicht die Nationen sind es, die Staaten und Nationalismen hervorbringen, sondern umgekehrt.“ Die Vorstellung einer einheitlichen „deutschen Kulturnation“, die die Bewohner eines bestimmten Territoriums über alle sozialen, politischen, ökonomischen, religiösen etc. Differenzen hinweg als Gemeinschaft beschwört, ist daher recht jungen Datums. Die Annahme einer bereits etablierten „deutschen Kulturnation“, die der Nationalstaatsbildung von 1871 zeitlich voranging und sie begründete, ist ein zwar hartnäckiger, aber keineswegs unanfechtbarer Mythos.

Im Zeitalter Herders, Schillers, Goethes und Fichtes waren annähernd 70 Prozent der Bevölkerung Halb- bzw. Analphabeten. Was man später als „Literatursprache“ bezeichnet hat, war einer Minderheit von Bildungsbürgern, Beamten und Adligen über Bücher, Theater und Staatsdienst geläufig. Die Ursprungs- und Entwicklungsgeschichte einer deutschen (Schrift-) Sprache ist eine Konstruktion der modernen Sprachwissenschaft. Nicht nur so genannte Lehn- und Fremdworte, sondern auch eine Fülle an gesprochenen Dia- und Soziolekten macht es zudem schwierig, sich die deutsche Sprache sowohl historisch als auch aktuell als Einheit vorzustellen. Zwar begannen sich nach 1871 vereinheitlichende Tendenzen durch Orthographie, Grammatik, Literaturkanon u.a. via Schulbildung durchzusetzen. Doch dürfte es sich nunmehr auch verbieten, die deutsche Nation kulturell über die deutsche Sprache zu definieren, da eine solche Auffassung Teile der Schweiz und Österreich annektieren würde. Wenn heute MigrantInnen Deutschkenntnisse abverlangt werden, lassen sich dafür allenfalls pragmatische Gründe aufbieten.

Fragwürdige Berufung auf Meinungsfreiheit

Bekanntlich erfreut sich das Grundgesetz (GG) in rechtsextremen Kreisen keiner allzu hohen Wertschätzung. Mit einer Ausnahme: Artikel 5 GG, der das Recht auf Meinungsfreiheit garantiert, wird auch von rechtsextremen Schülerinnen und Schülern gern und häufig herangezogen. Lehrerinnen und Lehrer sollten ihn in seinem Wortlaut aus zwei Gründen kennen. Erstens, um kompetent auf die mitunter

irrtümliche Berufung reagieren zu können. Zweitens, weil die Berufung auf die Meinungsfreiheit Mitschüler nicht selten überzeugt.

Das Recht auf die freie Meinungsäußerung besteht in der Bundesrepublik nicht uneingeschränkt, wie z.B. hinsichtlich der Persönlichkeitsrechte in anderen Ländern auch. In Deutschland kommt aber eine Besonderheit hinzu, die mit dem millionenfachen Mord an Jüdinnen und Juden, Sinti, Roma, politischen und religiösen GegnerInnen, Behinderten, Homosexuellen, Andersdenkenden und weiteren Opfern des Nationalsozialismus im Zusammenhang steht. Deshalb enthält Absatz 2 des Artikel 5 GG unter anderem den Verweis auf die allgemeinen Gesetze, die das Recht auf Meinungsfreiheit beschränken und sich unter anderem auf das Strafgesetzbuch mit den Paragrafen 86 und 86a zu Propaganda und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Parteien und Organisationen sowie den Paragrafen 130 zur Frage der Volksverhetzung beziehen.



27. Januar: SchülerInnen demonstrieren in Hamburg gegen einen geplanten Neonazi-Aufmarsch

Doch genügt es nicht, die Gesetzeslage zu kennen. Im Interesse der demokratisch-menschenrechtlich orientierten Schülerinnen und Schüler ist die zugegeben schwierige, aber notwendige Diskussion über die nicht minder schwierige Unterscheidung zwischen Meinungen, Interpretationen, Fakten und Lügen unabdingbar. Eine beliebte Taktik von Rechtsextremisten und Geschichtsrevisionisten ist es, über gerade diese Unterscheidungen gezielt Verwirrung zu stiften. Es geht an dieser Stelle nicht darum, eine Definitionshoheit über diese Begriffe zu beanspruchen, sondern es gilt Klarheit darüber zu gewinnen – und dann bei Schülern zu schaffen –, wann Meinungsäußerungen wirklich als bloße Äußerungen einer Meinung Geltung beanspruchen können und wann es sich um Lügen, Beschimpfungen und Verächtlichmachungen handelt, nicht im strafrechtlichen Sinne, sondern unter einem ethischen Aspekt, weil sie die Anerkennung der Würde und Gleichwertigkeit aller Menschen verweigern.

Es ist nicht lediglich ein Akt der Meinungsäußerung, jemanden als „Zecke" oder „Nigger" zu beschimpfen oder bestimmten Gruppen von Menschen herabsetzende kollektive Merkmale wie Faulheit, einen Hang zur Gewalttätigkeit oder unlautere Absichten zuzuschreiben. Häufig bagatellisieren Lehrerinnen und Lehrer einzelne menschenverachtende und rassistische Äußerungen von Schülern beschwichtigend als „bloße Sprüche", die lediglich den Zweck der Provokation verfolgen würden. Mag es sich bei einzelnen Schülerinnen und Schülern, die sich gewöhnlich nicht in dieser Weise äußern, um einmalige Entgleisungen handeln; selbst ein solcher Fall entbindet Lehrerinnen und Lehrer nicht davon, zu widersprechen. Im allgemeinen werden „Meinungsäußerungen" dieser Art in ihrer potentiell mobilisierenden Wirkung unterschätzt. Sie sind nicht lediglich eine Artikulation unschöner Worte, sondern Handlungen: sie entwerten, schüchtern ein, drohen und verletzen.

Man kann gewiss die Faktizität, dass ein bestimmter Prozentsatz in Deutschland lebender MigrantInnen genauso wie ein bestimmter Prozentsatz deutscher Staatsangehöriger Straftaten begeht, dahingehend interpretieren, dass MigrantInnen moralisch nicht vollkommener sind als Inländer mit deutschem Pass. Aber man kann diesen Umstand ganz sicher nicht dahingehend interpretieren, dass MigrantInnen aufgrund ihrer ethnisch-kulturellen Herkunft zur Kriminalität disponierter sind. Interpretationen müssen sich an Fakten zurückbinden lassen und es ist ein schwer zu leugnender Fakt, dass die Fähigkeit kriminelle Handlungen zu begehen, Individuen aller Kulturen betrifft und daher in keinem unmittelbar kausalen Ableitungsverhältnis zur ethnisch-kulturellen Herkunft stehen kann. Straftaten werden in der Regel von Individuen begangen, die dafür auch als Individuen – und nicht als Repräsentanten eines ethnisch-kulturellen Kollektivs – zur Verantwortung gezogen werden.

Und es ist weder Ansichtssache noch kann man entsprechende Fakten dahingehend interpretieren, dass Deutschland im 20. Jahrhundert nicht zwei Weltkriege veranlasst und zwischen 1933 und 1945 nicht eine ethnisierende Innen- und Außenpolitik praktiziert hat, in deren Folge Millionen Jüdinnen und Juden, Sinti, Roma und Angehörige anderer Staaten und Kulturen, ermordet wurden. Faktizitäten dieser Art sind nicht verhandelbar, d.h. man kann über ihren Status als Faktizität nicht dieser oder jener Meinung sein. Die Anerkennung bestimmter historischer Dokumente einschließlich der Zeugenaussagen, die das begangene Unrecht belegen und als Faktizitäten Geltung beanspruchen können, ist nach der derzeitigen Rechtslage unzweifelhaft und unumstößlich. Wenn daher Schülerinnen und Schüler den historischen Tatbestand des Holocaust leugnen oder gar begrüßen, erfüllen sie einen Straftatbestand nach Paragraf 130 StGB.

Man wird der Problematik der Diskriminierung ethnisch-kultureller Minderheiten aus strafrechtlicher Perspektive nicht gerecht und mit Informationsarbeit allein nicht beikommen können. Notwendig ist die Verständigung über demokratische Werte und eine Ethik, die die Fähigkeit zur Empathie vermittelt. Wobei unter Empathie nicht distanzlose Einfühlung oder Identifikation zu verstehen ist, sondern die Fähigkeit, die Perspektive zu wechseln und ein auch emotionales Vorstellungsvermögen davon zu entwickeln, welche Wirkungen „Meinungsäußerungen" der genannten Art auf diejenigen haben können, denen durch sie die Würde abgesprochen und Anerkennung und Respekt verweigert werden.

Thematisieren rechtsextremer Vorstellungswelten

Im Hinblick auf Propagandamaterialien rechtsextremer Parteien (NPD, DVU, REP), Organisationen und Vereine, die lediglich als verfassungsfeindlich gelten und daher nicht verboten sind, sieht bereits die Schulgesetzgebung klare Richtlinien vor. Politische Flugblätter und entsprechende Schriften unterliegen dem Werbeverbot. Auch Aufkleber oder Plaketten dieser Parteien müssen nicht widerspruchslos hingenommen, sondern sollten thematisiert werden.

Rechtsextremisten verfremden mitunter verbotene Symbole, so dass sie zwar wiedererkennbar, aber strafrechtlich nicht relevant sind. Das gilt z.B. für das Symbol der „Hammerskin"-Bewegung: einem Zahnrad mit zwei gekreuzten Zimmermannshämmern im Inneren. Dieses in der rechtsextremen Szene weit verbreitete Symbol ist dem verbotenen Kennzeichen der nationalsozialistischen „Deutschen Arbeitsfront" nachempfunden, das statt der Zimmermannshämmer ein Hakenkreuz enthält. Sinnvoll ist es, gemeinsam mit demokratisch orientierten Schülerinnen und Schülern eine Hausordnung zu verfassen und zu beschließen, die das Zurschaustellen rechtsextremer Symbolwelten in der Schule untersagt. Gleiches gilt für rechtsextreme Musik bei kulturellen Veranstaltungen innerhalb der Schule.

Strafrechtlich ebenfalls nicht relevant sind eine Reihe codifizierter Grußformeln und Parolen, deren Botschaft für Uneingeweihte nicht nachvollziehbar ist. Zu ihnen zählen Zahlen- und Buchstabencodes wie die bereits erwähnten Kombinationen „88" und „1347".

Beim Auftauchen strafrechtlich nicht relevanter rechtsextremer Symbole und Parolen ist die eindeutige Positionierung von Lehrerinnen und Lehrern sowohl gegenüber dem einzelnen Schü-

ler als auch im Rahmen der Klasse anzuraten. Wenn Lehrerinnen und Lehrer hingegen strafrechtlich relevante Symbole entdecken, sollten sie die Schüler darauf ansprechen und gegebenenfalls nicht davor zurückscheuen, Strafanzeige zu erstatten. Im Einzelfall ist abzuwägen, ob eine Strafanzeige sinnvoll ist. Es empfiehlt sich, darüber eine Diskussion im Kollegium zu führen und die Eltern in diese Auseinandersetzung einzubeziehen. Es geht bei Strafanzeigen im Wesentlichen um die wichtige, keineswegs zu unterschätzende Signalwirkung, dass die Vorstellungswelten, die mit diesen Kennzeichen verbunden sind, nicht toleriert und deren Verbreitung nicht als Kavaliersdelikt behandelt werden können. Die entsprechenden Paragrafen des Strafgesetzbuches sollen die Öffentlichkeit vor der über diese Kennzeichen vermittelten Ideologie schützen.

Demokratische Perspektiven

Weil unter Demokratie ein wenig mehr verstanden werden sollte als parteipolitische Vollzüge und die Berechtigung, an Wahlen teilzunehmen, ist es sinnvoll, Überlegungen darüber anzustellen, wie man im Schulalltag menschenrechtlich-demokratische Grundstandards vermitteln und eine Kultur der Anerkennung und des Respekts entwickeln und etablieren kann. Die Verbesserung des Schulklimas unter diesem Gesichtspunkt ist die wirksamste Strategie gegen Rechtsextremismus.

Es gibt in Theorie und Praxis eine Reihe innovativer Konzepte zu Fragen der Schulöffnung, community education und attraktiver Formen politischer Bildung. Und es gibt eine Reihe bereits erprobter, teilweise institutionalisierter Instrumentarien zur Partizipation und zum Erlernen demokratischer Spielregeln und Prozesse wie Schülersprecher, Schülermedien, Schülerclubs und Projektarbeit. Die Verständigung über Werte und menschenrechtlich-demokratische Grundstandards, die im Schulalltag eine Rolle spielen sollten, ist dabei unabdingbar. Denn ein Schülersprecher, der sich am rechtsextremen Lifestyle orientiert, oder ein Elternvertreter, der sich mit antisemitischen Stereotypen exponiert, fördern nicht die Vermittlung und Durchsetzung einer demokratischen, sondern allenfalls einer völkischen Kultur.

Henning Kellmann

Von „Rotfaschisten“ und mäßigen Bürokraten

„Terrorismus auf dem Stundenplan!“- „Weyhes Pädagogen, rot und verlogen!“- „Zerschlagt den Rotfaschismus!“. Mit diesen und anderen bizarren Parolen zogen vor rund einem Jahr etwa 80 schwarz gekleidete Gestalten durch die Gemeinde Weyhe bei Bremen. Mit von der Partie u.a. Thorsten de Vries, Thorben Klebe (Hamburger Sturm), Peter Borchert (Bündnis Rechts Kiel), Michael Kurzeja und Jörg Wrieden (NPD Bremen) sowie als Anmelder des Aufzugs Florian Cordes (Achim-Oyten), Stützpunktleiter der JN Verden/Diepholz. Was war geschehen?

An der Kooperativen Gesamtschule Leeste in der Gemeinde Weyhe gibt es - was wohl leider eine Ausnahme an niedersächsischen Schulen ist - seit etwa 12 Jahren eine ANTIFA-AG, die in diesem Zeitraum durch vielfältigste Aktivitäten das politisch-kulturelle Klima unter den 1500 - 1800 SchülerInnen maßgeblich beeinflusst hat. Der zeitweilig hohe Grad der politischen Mobilisierung wird u.a. daran deutlich, dass nach einem Gerücht über einen zu befürchtenden Überfall auf eine Asylunterkunft vor Ort ca. 1500 Menschen gegen rassistische Gewalt demonstrierten, zum überwiegenden Teil SchülerInnen der KGS. Eine weitere Demonstration von ca. 600 SchülerInnen fand gegen die Kandidatur der REP und anderer rechtsextremer Parteien zu den Landtagswahlen statt. Neben diesen öffentlichkeitswirksamen Manifestationen war und ist der politische Alltag der Antifa-AktivistInnen an der Schule geprägt von einer Vielzahl an Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Infotischen in den Schulpausen, Konzerten, Antifa-Cafe, antirassistischen Aktionstagen für die gesamte Schule etc. Bis weit in die zweite Hälfte der 90er Jahre konnte es so gelingen, rechtsextreme Propaganda- und Organisationsversuche auf ein Minimum zu beschränken.



15.1.00: Neonazi-Aufmarsch in Weyhe

Seit Ende der 90er Jahre sind die Verhältnisse in der Schule und der Gemeinde in vielerlei Hinsicht in Bewegung geraten. Innerschulisch versucht der seit einigen Jahren amtierende Schulleiter, das illusorische Konzept einer unpolitischen Schule durchzusetzen, in der kein Platz sei für eine ANTIFA-AG, da es ja zu Konflikten mit rechten SchülerInnen kommen könne. Parallel zu diesen politischen Bremsversuchen der Schulbürokratie entwickelte sich insbesondere ab 1998/1999 in der Gemeinde Weyhe und der Nachbargemeinde Stuhr eine fest organisierte und stetig anwachsende rechtsextreme Szene.

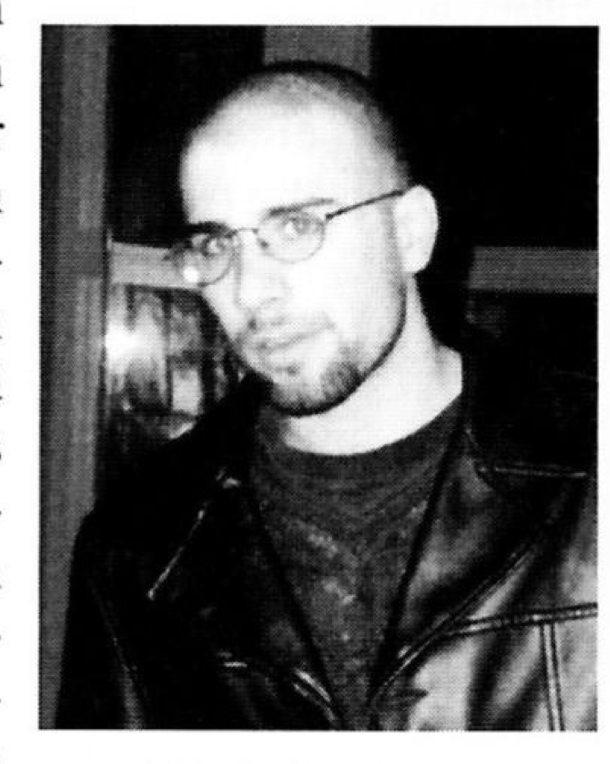
Januar 2000 - Zwei Demonstrationen

Als im Dezember 1999 der örtliche Kader der „Freien Nationalisten“, André Lazarevic, vor Beginn einer Informationsveranstaltung der ANTIFA-AG enttarnt und von dieser ausgeschlossen wurde, hielten Cordes , Kurzeja, Robert Warnecke (Brinkum) und andere den Zeitpunkt für gekommen, sich als von Antifaschisten verfolgte politische Unschuld der Öffentlichkeit zu präsentieren. Um auf die „skandalösen Vorfälle an der KGS“ (Presseerklärung F. Cordes) aufmerksam zu machen, wurde ein Aufmarsch unter dem Motto „Terrorismus auf dem Stundenplan? Wir sagen NEIN!“ angemeldet und in Teilen der Gemeinde ein „Aufklärungsflugblatt“ verteilt. Darin erfährt der staunende Zeitgenosse u.a., dass die VVN „stark von der in Deutschland verbotenen KPD beeinflußt ist“ und die nicht minder staunende Zeitgenossin wird unter der Überschrift „Was ist eigentlich Antifaschismus?“ darüber aufgeklärt, dass „die selbst ernannten Retter der Menschlichkeit selbst die größten Faschisten sind.“ Demgegenüber hätten es sich die „Freien Nationalisten“ lediglich zur Aufgabe gemacht, „auf Mißstände hinzuweisen und dagegen anzugehen“.

Natürlich konnte dieser politische Müll ebenso wie das Demonstrationsvorhaben der NPD/JN und „Freien Nationalisten“ nicht unbeantwortet bleiben. Unter großem Zeitdruck wurde innerhalb von drei Tagen von der ANTIFA-AG sowie der SchülerInnenvertretung mit Unterstützung der GEW eine Gegendemonstration organisiert. So erlebte die eher schläfrige Ge-

meinde Weyhe an einem Tag gleich zwei Demonstrationen. Zunächst die Antifa-Demonstration mit ca. 300 TeilnehmerInnen, etwa 2 Stunden später auf derselben Route die als brave Nationalisten mehr oder minder verkleideten, weitgehend bomberjackenfreien Kader des „Aktionsbüros Norddeutschland“ mitsamt NPD-Anhang aus Bremen und Umgebung.

Was die Gemüter in der Gemeinde in den folgenden Tagen und Wochen dann vorrangig bewegte, war allerdings nicht die Tatsache, dass es seit 1945 erstmalig wieder einen Naziaufmarsch gegeben hatte. Vielmehr gab es hektische Diskussionen darüber, dass einige jugendliche AntifaschistInnen es sich nicht nehmen ließen, die braunen Kameraden auf dem Marktplatz nicht nur mit einem gellenden Pfeifkonzert zu empfangen, sondern auch mit Eier- und Tomatenwürfen. Das Ergebnis provinzieller Erörterungen über derartige Vorfälle ist hinlänglich bekannt: links gleich rechts gleich Ruhestörer.



André Lazarevic

Überraschend debattierfreudig zeigten sich in den Wochen nach den Demonstrationen auch die örtlichen Nazi-Kader. Unter der Parole „Keine Diskussion über Nazis ohne Nazis“ versuchten sie mehrmals, in Informationsveranstaltungen an der KGS einzudringen, was aber stets (mit Hilfe der Polizei) verhindert wurde.

Eine Gemeinde wacht auf

Ein erfreuliches Ergebnis der Auseinandersetzungen des letzten Jahres ist zweifellos, dass das antifaschistische Interesse und Engagement in der Gemeinde deutlich zugenommen hat und sich bis in die Spitzen der Verwaltung die Erkenntnis durchzusetzen beginnt, daß man mit Antifaschisten zusammenarbeiten muß, wenn man politisch erfolgreich sein will. Als Unterstützung des von einem breiten Bündnis organisierten antifaschistischen Aktionstages am 17. März 2001 stellt die Gemeinde kostenlos die zentrale Veranstaltungshalle zur Verfügung und druckt 10.000 Flugblätter für eine an diesem Tag stattfindende Demonstration.

Eine ermutigende Entwicklung in unruhigen Zeiten...

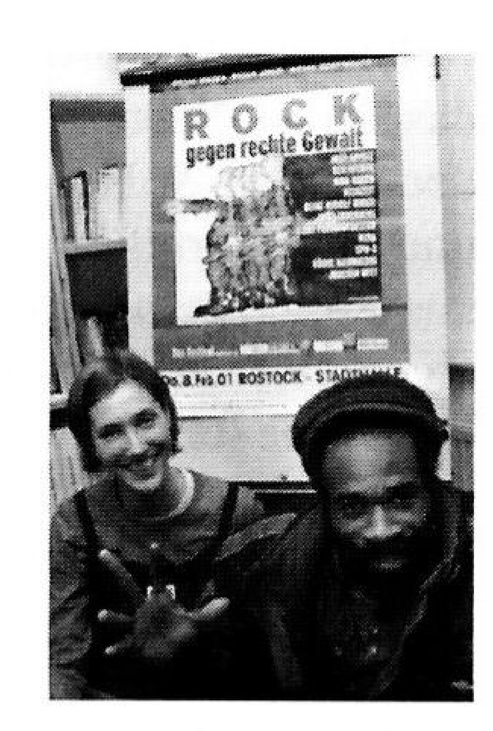
Nachtrag: Gegen den Leiter der ANTIFA-AG an der KGS Leeste betreibt die Bezirksregierung Hannover seit 10 Monaten ein Disziplinarverfahren. Er soll, so war zu hören, mit seinem antifaschistischen Engagement gegen das „Mäßigungsgebot“ verstoßen haben. In den vermufften Amtsstuben der Bezirksregierung scheint noch nicht einmal die Aufforderung ihres obersten Dienstherren nach einem „Aufstand der Anständigen“ angekommen zu sein!

Weitere Infos über die Geschichte und aktuelle Praxis der ANTIFA-AG an der KGS Leeste unter der Postanschrift: KGS Leeste/ANTIFA-AG, Schulstr. 40, 28844 Weyhe.

Helge André Dussmann

Rock gegen rechte Gewalt

Zum Jahresanfang verfaßte Alt-Rocker Udo Lindenberg einen offenen Brief „An die Nazis“. Lindenberg, der in seinen Songs seit Jahren gegen alte und neue Nazis Stellung bezieht, schrieb sich die Wut von der Seele: „Ich habe die Schnauze nun endlich voll davon. [...] Wenn ihr jetzt immer noch sagt: Wir bleiben Nazis, dann gebührt euch unsere tiefste Verachtung.“ Seine persönliche Konsequenz: die Wiederaufnahme der in den 80er Jahren populären Rock gegen Rechts-Konzerte.



Lindenbergs Aufruf folgend, spielten vom 04. bis 10. Februar diesen Jahres etwa 20 deutsche Bands „Rock gegen rechte Gewalt“ - auf vier Konzerten in Dresden, Hamburg, Rostock und Berlin. Die Söhne Mannheims, Nena, Scooter, Peter Maffay, Nina Hagen, Knorkator, Jule Neigel, Lindenbergs Panikorchester u.a. verzichteten auf ihre Gagen; der Erlös der Tour geht an die Stern-Aktion „Mut gegen rechte Gewalt“. Bis hierhin wäre dies eine altbekannte und meist wirkungslose Prozedur - Musiker machen Musik und spenden die Einnahmen einem guten Zweck, „die Guten demonstrieren, daß sie die Guten sind“ (Tagesspiegel), die „Karawane der Korrekten“ (taz) zieht weiter.



Aktion von Teilnehmern der Konzertreihe „Rock gegen rechte Gewalt“ im Stadion von Hertha BSC. Einige Fans reagierten mit „Kommt doch her, ihr Juden“-Rufen.

Diese Form von Selbstvergewisserung aber hatten die Initiatoren der Tour, neben Lindenberg auch die Mannheimer Söhne Xavier Naidoo und Rolf Stahlhofen, nicht im Sinn. Neben dem Erspielen von Geldern für antirassistische und antifaschistische Projekte sah das Tourkonzept auch vor, entsprechenden Initiativen zu öffentlicher Aufmerksamkeit verhelfen. „Wir werden vor allem auch die Leute feiern, die den Nazis entschieden entgegentreten. Das sind unsere Helden, für die machen wir die Tournee“, bekundet Rolf Stahlhofen seinen Respekt.

Folgerichtig beschränkte sich das Engagement der Künstler nicht darauf, von der Bühne herab Allgemeinplätze im Kampf gegen Rechts zu verkünden. In Pirna, Cottbus, Dessau und Rostock trafen sie sich mit mehr als einem Dutzend antirassistischer und antifaschistischer Jugendinitiativen, die von ihrem Engagement berichteten. Von der Arbeit im Wurzener „Netzwerk Demokratische Kultur“ und der „Aktion Zivilcourage Pirna“, von der Begleitung des Prozeßgeschehens im Gubener „Hetzjagd-Prozeß“, vom Ringen um Erinnerung in lokalhistorischen Projekten, wie dem zur Zyklon B-Produktion in Dessau. Und immer wieder berichteten sie auch von anderen Erfahrungen: von Angriffen und Überfällen durch Neonazis, von Brandsätzen auf alternative Jugendzentren, von Beschimpfungen durch Bürgermeister und Lokalmedien als „Unruhestifter“ und „Antifa-Chaoten“, von städtisch finanzierten Nazi-Jugendclubs. Spätestens hier merkte auch Xavier Naidoo, daß „kommt Jungs, wir machen die Nazis platt“ - eine Strategie, die Naidoo im Mannheim der frühen 90er Jahre selbst verfolgt hat - für die rechte Mainstreamkultur in den neuen Bundesländern die Lösung nicht sein kann. Und bietet seine Hilfe an: „Sagt, wo ihr Hilfe braucht. Wir wollen helfen, wo wir können.“ Immerhin.

Der Reinerlös der Tournee wird dem Neonazi-Aussteiger-Programm „Exit“, Beratungs- und Betreuungsstellen für Opfer rechter Gewalt und weiteren Projekten gegen Rechtsextremismus und Rassismus über die Berliner Amadeu-Antonio-Stiftung zur Verfügung gestellt.

96 gegen rechte Fans

Der Fußballverein „Hannover 96“ interveniert gegen seine rechten AnhängerInnen. Mit einer neuen Hausordnung geht der Verein bewusst über Mustervorgaben des „Deutschen Fußball-Bundes“ und sogar Gesetze hinaus. Offene Erkennungsmerkmale der rechten Szene sollen im hannoverschen Niedersachsen-Stadion nicht mehr auftauchen - auch wenn sie auf offener Straße legal sind. Keltenkreuze, Ku-Klux-Klan-Aufnäher und Banner mit der Aufschrift „Hannover 96 - Reichsmeister 1938“ sind fortan im Stadion verboten.

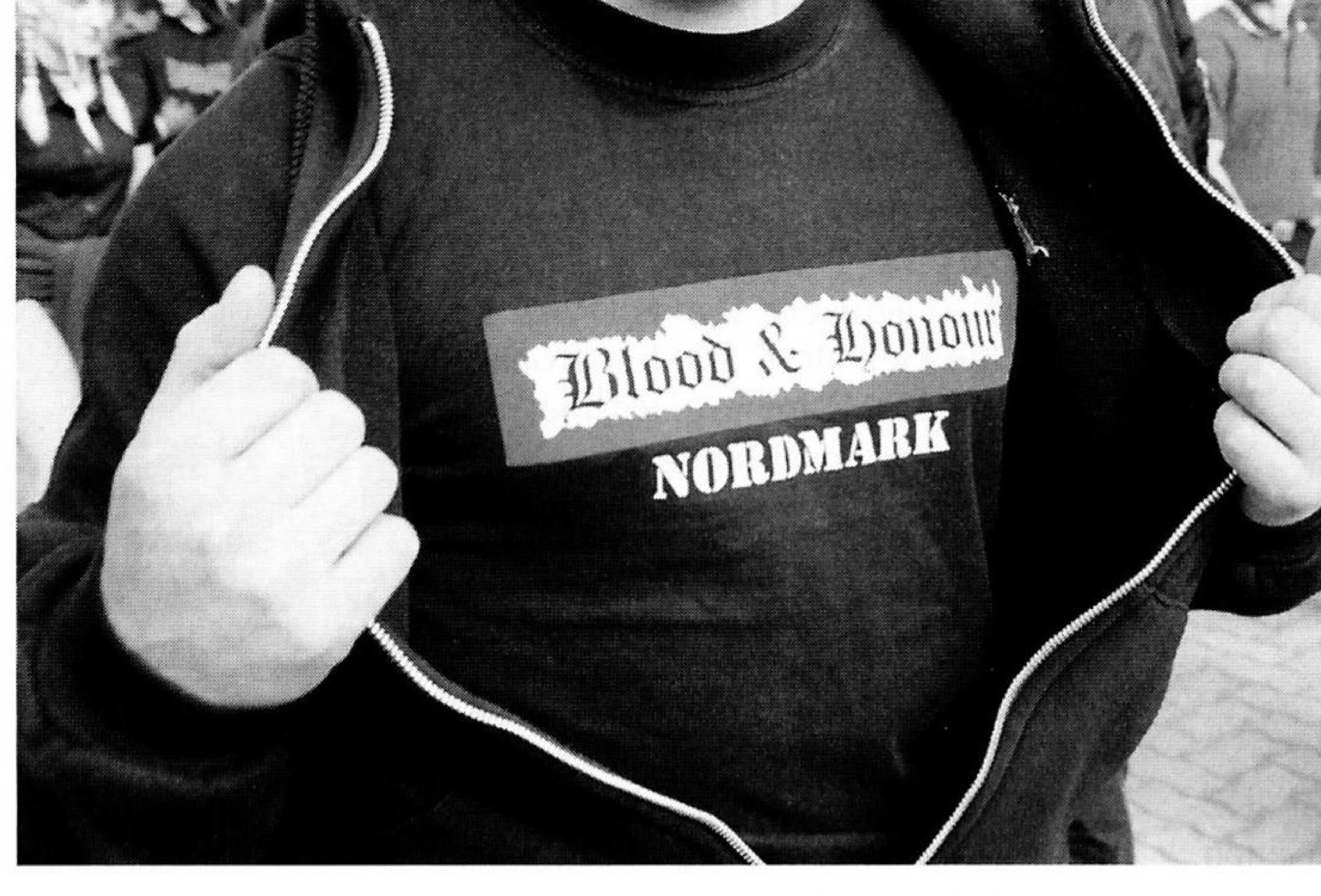
Auch verboten ist ein „A“ als angeblich linksextremes Symbol. Wer dagegen verstoße, werde für den Rest des Spiels ausgesperrt. Beim zweiten Mal gebe es zwei Jahre bundesweites Stadionverbot. Bereits zum Heimspiel gegen den Chemnitzer FC Ende Januar wurden alle Fans mit Flugblättern zur Eintrittskarte vorgewarnt. Jegliche Symbole, Aufnäher und Parolen seien verboten, wenn sie den Eindruck einer fremdenfeindlichen Einstellung vermittelten, so der Verein.

Michael Weiß

Das Leben nach dem Verbot

Die Reaktion von „Blood & Honour" auf das am 14. September 2000 vollstreckte Verbot der „Blood & Honour Division Deutschland" und ihrer Vorfeldorganisation „White Youth" ist tatsächlich bemerkenswert: Abgesehen von trotzigen „Wir machen weiter"- Parolen fand nämlich keine Reaktion statt. Die Frage, wie es nun weitergehen soll, macht dem Neonaziskinhead-Netzwerk offensichtlich wenig Kopfzerbrechen. Warum auch? Der Laden scheint auch ohne identitätsstiftendes Label prima zu laufen.

Dass das Verbot kaum zur Einschüchterung und schon gar nicht zur Auflösung der Strukturen taugen konnte, belegen alleine die nüchternen Zahlen: Bei geschätzten 300 bis 500 Mitgliedern, die B&H und „White Youth" hatten, fanden bundesweit gerade einmal 45 Durchsuchungen statt und die sichergestellte „Kriegskasse" von 73.000 DM waren mutmaßlich Peanuts in Anbetracht der gewaltigen Gewinnsummen, die gerade das Geschäft mit illegalen CDs mit sich bringt. Das offizielle B&H-Postfach in Werder an der Havel war noch viele Wochen nach dem Verbot in Betrieb, den BestellerInnen und Kontaktsuchenden wurde lediglich nahegelegt, aus Sicherheitsgründen zukünftig auf Kontaktstellen im europäischen Ausland zurück zu greifen. Die Verbreitung des „Blood & Honour"–Magazins Nummer neun, immerhin einer der Hauptgründe für das Verbot, ging somit munter weiter. Teils aus den Niederlanden, teils aus dem Hamburger Raum erreichten die Sendungen ihre BestellerInnen.



Dabei hatten die Behörden bereits im März 2000 medienwirksam die Beschlagnahmung von 1500 Exemplaren jener Nummer neun bekannt gegeben, die B&H–Deutschland–Chef Stephan Lange, alias „Pinocchio", persönlich in einer Druckerei im Harz abgeholt hatte. Der mit Spannung erwartete Prozess gegen ihn in dieser Angelegenheit jedoch fand nicht statt. Sang- und klanglos hatte die Berliner Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen die Zahlung einer Geldbuße eingestellt. Ebenso unspektakulär verlief ein Prozess gegen den B&H-Funktionär Bernd Peruch Mitte Januar 2001 vor dem Bamberger Amtsgericht. Der 26-jährige selbstständige Tontechniker hatte im Auftrag der Berliner Führung 4.500 Exemplare der besagten Nummer neun in einer Druckerei im Landkreis Bamberg herstellen lassen, von denen ganze sechs (!) Stück bei einer Hausdurchsuchung im März 2000 beschlagnahmt werden konnten. Obwohl er als Leiter der über Jahre überaus aktiven B&H-Sektion Franken, als Propagandist für die Anti-Antifa-Terrortruppe „Combat 18", dem „bewaffneten Arm von Blood & Honour", sowie als Sänger der umtriebigen B&H-Band „Hate Society" zu den Hauptaktivisten des deutschen „Blood & Honour"-Netzes gezählt werden muss, hatte das Gericht keine Hinweise darauf, ob und in wie weit er in Führungsstrukturen eingebunden war. So versuchte Peruch mit Hilfe seines Verteidigers, dem hinreichend bekannten Szene-Anwalt Wolfram Nahrath aus Berlin, sich als eine „Randfigur" darzustellen, den „vor allem die Musik interessiert" habe. Der Druckereibesitzer lobte die „gute Zahlungsmoral" seines Kunden und der Amtsrichter beließ es, trotz zahlreicher polizeilicher Vorahndungen des Angeklagten, bei einer wenn auch saftigen Geldstrafe von 4.200 DM.

Personen der fränkischen B&H-Struktur stehen nach bisherigen Kenntnissen auch hinter



v.l.n.r.: Stephan Lange „Pinocchio", Marcel Schilf

einer anonymen hotmail-Adresse, die Anfragen nach hartem – sprich NS-verherrlichendem, offen rassistischem und antisemitischem – Stoff an die Kameraden ins benachbarte Ausland weiterleitet. Gerade aufgrund der stärker werdenden staatlichen Verfolgung gewinnen diese klandestinen Vertriebswege zunehmend an Bedeutung. Mittlerweile existiert ein kaum überschaubares Netz aus Dutzenden Klein- und Kleinstversänden, die über anonyme Mailadressen, unter der Hand weitergegebene Handynummern oder über entsprechende „Bauchläden" auf Konzerten und Treffen ihre KundInnen erreichen. Aktuelles Beispiel: Am 22. Dezember 2000 wurden in einem Hamburger Gewerbegebiet drei Neonazis, allesamt Betreiber eines Tonstudios in Neustadt/Glewe (Mecklenburg-Vorpommern), beim Umladen von über 1000 illegalen CDs observiert und vorläufig festgenommen. Unter den beschlagnahmten Tonträgern befand sich auch ein Teil der Auflage des brandneu erschienenen Samplers der B&H Sektion Brandenburg. Das überaus lukrative Geschäft mit der illegalen Musik ist seit Jahren eines der Steckenpferde der B&H-Strukturen, und dass deren Logo bei Produktion und Vertrieb von Tonträgern eine „unverändert große Zugkraft" innerhalb der Szene besitzt, muß heute selbst der Verfassungsschutz einräumen. Eine breite Angebotspalette amerikanischer, französischer und skandinavischer Anbieter sorgt dafür, das auch das Umfeld jederzeit Zugang zu diesen Materialien findet. Der Verbund von „NS-Records" und dem Versand von „Blood & Honour Scandinavia" (lange Jahre unter dem Namen „NS 88" aktiv), welche die internationale „Hauptfiliale" von B&H bilden, verfügt über eine KundInnenliste von weltweit 8.400 Namen – 5.190 davon kommen aus Deutschland.

Die Internetpräsenz des deutschen „Blood & Honour", bzw. die der deutschsprachigen und Deutschland betreffenden Informationen, hat nach dem Verbot sichtbar gelitten. Wer jedoch „White Youth" sucht, der findet auch heute noch die entsprechenden Seiten, eingeleitet durch den Hinweis, dass der Ersteller natürlich kein Mitglied von „White Youth" sei. Auch in diesem Metier hat sich die Verlagerung der Aktivitäten ins Ausland bewährt, viele deutsche Hetzseiten sind mittlerweile bei ausländischen Providern untergebracht.

Empfindlicher scheinen die „Blood & Honour"-Strukturen die in den meisten Bundes-

B&H-Aktivist verstorben

Marcel Schilf, wichtiger Drahtzieher im weltweiten Geschäft mit neofaschistischer Rockmusik, ist Ende Januar diesen Jahres im Alter von 28 Jahren in Schweden gestorben. Schilf war zusammen mit dem Norweger Erik Blücher Führungsfigur im Nazi-Skinhead-Netzwerk „Blood and Honour" (Blut und Ehre) und organisierte vor allem den finanziell lukrativen, internationalen Vertrieb von Musik-CDs sowie anderem Propagandamaterial. Schilf soll aber auch an einem Bombenanschlag gegen das Büro der Sozialistischen Internationale in Kopenhagen im Jahr 1992 beteiligt gewesen sein Zu seiner Beerdigung reisten etwa 50 Neonazis aus den skandinavischen Ländern bzw. aus Deutschland an.

„Blood & Honour"-Mitglieder verhaftet

Die italienische und österreichische Polizei haben in beiden Staaten am 20. Februar diesen Jahres insgesamt zwölf B&H-Mitglieder festgenommen. Ihnen wird rassistische Diskriminierung und Verherrlichung des Nationalsozialismus vorgeworfen. Ein in Innsbruck gefaßtes B&H-Mitglied besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Gegen acht weitere mutmaßliche Neonazis wurden Ermittlungen eingeleitet.

ländern existierenden sogenannten „Konzerterlasse" zu treffen, die geschaffen wurden, um das „ordnungsbehördliche und polizeiliche Vorgehen bei Veranstaltungen von Rechtsextremisten (...) grundlegend zu regeln" und in der Tat haben die Behörden in den vergangenen Monaten ihre Bemühungen verstärkt, neonazistische Konzerte durch Verbote, Polizeieinsätze und eigens geschaffene Einsatztruppen zu unterbinden. Die Szene reagiert nervös und gewalttätig. Ob am 23. September 2000 in Laave (bei Lüneburg), als 45 Polizisten bei einer regelrechten Saalschlacht verletzt wurden, oder am 3.2.2001 in Hamburg - die Bereitschaft, „ihre" Konzerte und somit „ihre" Erlebniswelt militant zu verteidigen, ist spürbar gestiegen. Aber auch hier bietet das Ausland längst bewährte Ausweichmöglichkeiten. Seit dem Verbot fanden B&H-Konzerte in Schweden, in der Schweiz, in Ungarn sowie im französischen Elsass statt, zu denen die deutschen Neonazis Bands, Technik und einen wesentlichen Teil des Publikums beisteuerten. Gerade zu den B&H – Divisionen in Skandinavien und in der französischsprachigen Schweiz (B&H Romandie) ist über die Jahre eine dynamische Zusammenarbeit gewachsen. Deren Internetseiten und Publikationen, wie z.B. der monatliche „political and cultural newsletter of B&H-Romandie" entwickeln sich – in englischer Sprache gehalten – zunehmend auch zur Nachrichtenbörse für das deutsche B&H-Netzwerk.

Es bleibt als vorläufiges Resümee, dass das Verbot von „Blood & Honour" allenfalls ein Schlag gegen das Label, jedoch keiner gegen die hinter diesem Label wirkende Netzwerksstruktur war. Der einen oder anderen Gruppe mag der Verlust des Namens vielleicht Identitätsprobleme bereiten, den harten Kern jedoch wird dies wenig beeindrucken. Ob nun unter einem neuen Namen, unter dem Code „28" (als Synonym für die Buchstaben „BH"), oder eben namenlos - die zum Teil professionellen Mobilisierungs- und Vertriebssysteme funktionieren weiter.

Anna Diegelmann

Doch nicht „Alles für Deutschland"?

„Mit sofortiger Wirkung sehen wir uns gezwungen, den „Skingirl-Freundeskreis-Deutschland" (SFD), nach 10 Jahre harter und mühseliger Arbeit, aufzulösen." (Fehler i. O.) Mit diesen Worten verabschiedete sich im November 2000 die am längsten bestehende und bundesweit agierende rechte Frauenorganisation von der politischen Bildfläche – aber nicht ohne den Kameradinnen Organisationen zum Weitermachen zu empfehlen.

Der Freundeskreis wurde Silvester 1990/1991 als „Skingirl-Front Deutschland" in Berlin gegründet und entwickelte sich rasch zu einer kleinen, aber fest organisierten und international vernetzten Gruppe. Nicht immer leicht hatte es die Frauenorganisation in einer Szene, die sich brutalsten Sexismus geradezu zum Programm gemacht hat.

Bundesweit waren 1999 im SFD zwischen 40 und 50 Frauen organisiert, laut Selbstdarstellung „Renees, Ex-Renees, nationale Frauen aus dem Umfeld der Skinszene und aus der politischen Szene". Von Anbeginn war der SFD der Skinhead-Subkultur verhaftet und trat für ein politisches Bekenntnis zu Volk und Rasse ein. Die Bedeutung des SFD lag in der kontinuierlichen Arbeit und seinen Verbindungen zu anderen Frauenorganisationen wie den „Women for Aryan Unity" sowie österreichischen und italienischen Skingirls. In Deutschland arbeitete der SFD eng mit „Blood&Honour" und den „Hammerskins" zusammen. Auch waren und sind viele SFDlerinnen anderweitig aktiv, so beispielsweise Cathleen Grewe, die mit anderen SFD-Frauen zusammen an der Gründung des „Braunen Kreuz", eines Sanitätsdienstes für rechte Aufmärsche, beteiligt war. Große öffentliche Aktionen führte der SFD bewußt nicht durch, wichtiger waren interne Schulungen und Publikationen. Zuletzt stellten sie einen Infostand beim „Tag des Nationalen Widerstands" in Passau. Bereits im ersten Jahr erschien regelmäßig „Midgard" als internes Periodikum. Herausgeberin war die Berlinerin Ines Krause, die zwei Jahre später in die USA umzog und von da an ihre Beiträge mit „SFD/AO" zeichnete. Ihre Nachfolgerin wurde die Lüneburgerin Stevie Berisha. Kurz darauf wurde das Blatt indiziert und erschien fortan als „Walküre"; gleichzeitig wurde der martialische Name in „Skingirl-Freundeskreis" geändert.

Wie hier in Hamburg am 17. Februar werden Führungstransparente oft von Frauen getragen.

Die „Walküre" war eine Mischung aus internem Mitteilungsblatt und Fanzine, neben Nachrichten über neue Mitglieder und Fahrten, deutsches Brauchtum und deutsche Hunderassen bildeten Konzertberichte einen wichtigen Bestandteil. „Frauen brauchen Zusammenhalt", und den hat der SFD organisiert: Bei gemeinsamen Konzertbesuchen, Ausflügen nur für Frauen und Kinder und regelmäßigen überregionalen Treffen mit politischen Schulungen über Tugend und Rasse wurde der positive Bezug auf das eigene Geschlecht möglich, ohne einen allzu großen Affront den Männern gegenüber darzustellen. In Interviews, die SFD-Frauen oft anderen Naziskinzines wie „Foier frei" gaben, wurde deutlich, wie die bedingungslose Annahme des manifesten Sexismus einen gewissen Freiraum schuf. Die Selbststilisierung als Renee-Elite im Gegensatz zu „primitiven, betrunkenen Schlägerweibern" und natürlich auch zu allem „Undeutschen" bei gleichzeitiger klarer Abgrenzung zum „Emanzentum" brachte dem SFD vergleichsweise große Beliebtheit unter rechten Skins trotz der fast emanzipatorischen Forderungen: „Wir kämpfen für das urgermanische Prinzip der Gleichberechtigung von Mann und Frau".

Damit ist es nun vorbei: Die Selbstauflösung des SFD hat, sofern überhaupt wahrgenommen, nur Unmut erregt. Beim Infotelefon des „Bündnis Rechts", bei „Die Kommenden", der Internetpublikation der „Freien Kameradschaften" sowie in verschiedenen Fanzines wurde geradezu verschwörungstheoretisch geargwöhnt, daß die „Selbstliquidierung", noch bevor sie auf einem Treffen im Oktober beschlossen wurde, von „einer kleinen weiblichen Clique von langer Hand im Hintergrund vorbereitet" worden sei. Der vermutete Hintergrund löste Häme aus: Die SFD-Frauen hätten befürchtet, im Zuge des Verbotsantrages gegen die NPD ebenfalls Opfer der Kriminalisierung zu werden, da einige Frauen auch Mitglieder in der NPD seien. Auch von Mitbetroffenheit bei Hausdurchsuchungen wird geschrieben, jedoch betont, dass die Frauen keineswegs wegen ihrer eigenen Aktivitäten, sondern derer ihrer Lebensgefährten betroffen seien. Hiermit dürfte die SFDlerin Stella Palau gemeint sein, auf deren Namen die Internetseite des SFD angemeldet war. Sie ist außerdem stellvertretende NPD-

Vorsitzende von Berlin-Brandenburg und verheiratet mit Oliver Schweigert, einem „Anti-Antifa"-Aktivisten und Inhaber des Postfachs der „Kameradschaft Germania".

Die Frauen des SFD selbst nennen keine offiziellen Gründe für ihren Rückzug, dafür aber empfehlen sie Frauenorganisationen, bei denen die ehemaligen SFDlerinnen unterkommen sollen. Die Auswahl zeigt veränderte Schwerpunkte der Organisierung: Weg vom subkulturellen Szenebezug, hin zu explizit politischen, aber eher regional verankerten Frauengruppen wie dem „Freien Mädelbund" (FMb). Seit August 1999 besteht der FMb im niedersächsischen Bad Gandersheim als ein „Verbund nationalistischer Frauen", „die im freien Widerstand versuchen, ihren Teil im Kampf für Deutschland zu leisten". Der FMb bearbeitet hauptsächlich „Frauenthemen" wie die Betreuung von Inhaftierten und deren Angehörigen, Aktionen gegen den §218 und für härtere Strafen für „Kinderschänder". Auch wird großen Wert auf Akzeptanz bei den Kameraden gelegt, ähnlich wie bei der ebenfalls empfohlenen „Mädelschar Deutschland", deren Mitglieder besonders in Norddeutschland gemeinsame Aktionen mit den „Freien Kameradschaften" durchführen. So meldete beispielsweise die Hamburger „Mädelschar"-Aktivistin Inge Nottelmann für das „Aktionsbüro Norddeutschland" im vergangenen Jahr mehrere Aufmärsche an. Die „Mädelschar" nennt politische Schulungen der Frauen als vorrangiges Ziel der Gruppe. Weiterhin werden die beiden eher bodenständigen Frauengruppen „Bund heimattreuer Frauen" (BhF) aus dem Ruhrgebiet, der „germanisches Brauchtum und Heimatpflege" betreibt, und die „Gemeinschaft deutscher Frauen" (GDF), die sich ebenfalls eher blondbezopft als mit Renee-Fransen präsentiert, als Ansprechpartnerinnen für demobilisierte SFDlerinnen genannt. Die Gruppen sind an Größe und Organisationsgrad nicht mit dem SFD zu vergleichen. Deren Anspruch, die größte und älteste Gruppe dieser Art zu sein, hatte bei anderen Frauengruppen allerdings auch Unmut erregt, so dass der Verlust von vielen als nicht allzu groß gesehen werden wird. Auffällig ist nach der SFD-Auflösung die Verschiebung des Schwerpunkts von der subkulturellen, „kameradschaftlichen" hin zur explizit politischen Organisierung, bei der mehr Wert auf Schulungsarbeit, öffentliche Wahrnehmbarkeit und Zusammenarbeit mit gemischtgeschlechtlichen Gruppen gelegt wird.

Elmshorn – Neonazihochburg?

Ein von Christian Worch angemeldeter Aufmarsch in Elmshorn am 13. Januar war - zuletzt vom Bundesverfassungsgericht - nicht genehmigt worden. Die rund 120 Neonazis durften allerdings auf einer verlassenen Kreuzung eine Kundgebung abhalten, zu der sie von Pinneberg aus mit von der Polizei besorgten Omibussen chauffiert wurden. Neben Worch selber trumpfte Peter Borchert, selbsternannter Volksredner lautstark auf: „Es wird behauptet, Elmshorn sei eine Neonazihochburg. Das stimmt so nicht. Wenn Elmshorn tatsächlich eine Neonazihochburg wäre, gäbe es mehr Straftaten, und es würden Asylantenheime brennen!"

Nazibarde Andre Lüders (re.)

An der Gegenveranstaltung, zu der unter anderen die IG Metall aufgerufen hatte, nahmen etwa 1800 Menschen teil. Die IG Metall war in diesem Bezirk nun schon des öfteren Ziel rechtsextremer, gewalttätiger Anschläge geworden.

Thomas Naumann & Patrick Schwarz

Wir meinen das alles ganz anders

Die rechte Darkwave-Szene hat es nicht einfach. Vorbei die Zeiten, in denen sie ungestört Konzerte durchführen und unbehelligt Fanzines herausgeben konnte. Attestiert werden rechte Tendenzen, prognostiziert wird die immer offenere Hinwendung zur extremen Rechten. Nur glauben will es in der Szene niemand, was exemplarisch die Unterlassungsforderung des Labels „Prophecy Productions" (PP) und der Band „Orplid" gegen die Bremer „Grufties gegen rechts" belegt.

Beide, in persona Martin Koller und Uwe Nolte, wollen nicht wahrhaben, dass sich ihr individuelles kultur-politisches Format mit dem ideologischen Profil der extremen Rechten überschneidet. Uwe Nolte bildete bereits den Kern der Gruppe „Rückgrat", die sich am Riefenstahl-Sampler von VAWS beteiligten. Die Hallenser beeindruckten damals schon Sven Schwarz, späterer Mitarbeiter beim „Blood&Honour"-Magazin „The New Dawn", der wohlwollend von einem Konzert berichtete, bei dem er auf deren Gästeliste stand.

Ab 1996 beteiligte sich Nolte am extrem rechten „Sigill". Zu dieser Zeit wurde auch „Orplid" gegründet und verschrieb sich der „Pflege der deutschen Sprache". Das nationalrevolutionäre Blatt „Wir selbst" schrieb, dass die Gruppe „für das verlorene Paradies und die unstillbare Sehnsucht nach einer edleren und reineren Welt [steht]." Die Texte erwärmten auch die Herzen der Mannen des extrem rechten Fanzines „Junge Schar": „Orplids" Themen und Musik lassen „unmissverständlich Herkunftsbewusstsein und Gesellschaftskritik erkennen".



Screeenshot der „Orplid"-Homepage: „Neue deutsche Härte" - Ästhetik im Stil der NS-Propaganda

Applaus von falschen Freunden? Mitnichten, das Profil lädt dazu ein: Als Reaktion auf den Kosovo-Krieg im Frühjahr 1999 verlegte die Hallenser Gruppe beim „Sigill"-nahen Label „Eis & Licht" eine Maxi-CD zum „Gedenken an die Unschuldigen (Soldaten), die [in] den Kriegen des Jahrhunderts ihr Leben lassen mussten, um später von der Geschichte mit Füßen getreten zu werden". In den Liedern offenbarten sie ein idealisiertes Kriegerbild. Sie singen vom „gottgewollten Opfergang" und wiederholen: „Geheiligt sei der Toten Name, die das große Werk vollbrachten dem sie ihr junges Leben weihten, in ihres Vaterlands Nacht". In einem anderen Lied verkünden sie: „im Vertrauen auf die Stärke unsere Waffen fürchten wir nicht die beginnende Nacht...Wir sind der Sonne Söldner treu ergeben bis in den Tod". Im „Zillo" merkte Rüdiger Freund bei der positiven Rezension dieser CD an, dass die Musik passend zum (inhaltlichen) Konzept überwiegend kriegerisch sei. Dass bei diesem Geschichtsverständnis, welches die Opfer aller Kriege in einen Topf wirft, der Beifall der extremen Rechten nicht auf sich warten läßt, zeigte auch die Rezension in der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme". „Wem Frank Rennicke und Jörg Hähnel nicht ausreichen, der kommt an dieser Scheibe nicht vorbei".

Ähnlichen Beifall im gleichen Blatt gab es für das Label „Prophecy Productions", deren Sampler „Lichttaufe" hochgelobt wurde. Jener war die musikalische Begleitung zur gleichnamigen Veranstaltung beim letztjährigen Wave-Gothik-Treffen. Der Mitarbeiter bei „Prophecy Productions" und „Legacy"-Zuarbeiter Marco Steinmetz interviewte für das „Sigill" bereits die labeleigene Band „Ulver". In diesem Jahr soll nun auch die deutsche Übersetzung des Buches „Lords of Chaos" vom US-amerikanischen Neofaschisten Michael Moynihan bei PP erscheinen.

Christian Dornbusch & Andreas Speit

Faschistische Metaphysiker

Synergons einsamer Streit für die alte Welt

Die „vergessenen europäischen Traditionen“ möchte „Synergies Européennes“ in Erinnerung bringen. Seit 1993 versucht die „nonkonformistische Avantgarde“ des europaweiten Netzwerkes über Seminare und in Publikationen die längst versunkenen Mythen zwischen Faschismus und Esoterik wiederzubeleben. Mit neuer Unterstützung des Verlages „Zeitenwende“ erschien nun Anfang Januar 2001 die Erstausgabe von „SYNERGON-Forum“ die „Mitteilungen der deutschen Sektion der Europäischen Synergien“.

Nach einem lange schwelenden Konflikt mit Alain de Benoist über die Orientierung der „Nouvelle Droite“ verließ 1993 Robert Steukkers die „Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européen“ (GRECE) (Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation) und gründete mit weiteren Dissidenten der französischen „Neuen Rechten“ das „Synergies Européenne“ (SE) (Europäische Synergien), dessen Präsident das frühere GRECE-Mitglied Gilbert Sincyr wurde. Steuckers, der aus Belgien stammende Diplomübersetzer und Verleger der Zeitschrift „Orientations“ und „Vouloir“ widersprach de Benoists metapolitischer Strategie, die eine realpolitische Option ausschließt. Schnell fand der stärker geopolitisch und nationalrevolutionär orientierte Steuckers Intellektuelle, die sich ihm anschlossen. Binnen kurzer Zeit entstanden Sektionen der SE in Belgien, England, Frankreich, Italien, Lettland, Österreich, Portugal, Rußland, Spanien und der Schweiz.

Laut Synergons Charta versteht man sich als Bündelung verschiedener „selbstbewußter Kräfte“, die die „europäische Zivilisation von den Moden“ und Konzepten des „staatenlosen Kapitalismus“ befreien will. Insbesondere die Konzepte, die allen Menschen die gleichen Rechte und dem Einzelnen die Freiheit versprechen, gelten als totalitär und universell. Sie ließen das Einmalige verschwinden und würden die Trennung von Subjekt und Transzendenz vorantreiben. Mit der Konsequenz, dass der Mensch in einen „rationalistisch-ökonomischen Kosmos“ (Max Weber) getrieben würde, wo er/sie seine/ihre Identität und Normen verliere und sich von der Natur und dem Göttlichen weiter entferne. Diese Trennung und Entfremdung möchte das Synergon in einem „europäischen Reich“ mit „sakraler Herrschaft“ aufheben. Kurz: Tradition versus Moderne, Transzendenz versus Logos, Hierarchie versus Egalitarismus und Autorität versus Demokratie. Seit der völkischen Bewegung 1871 kritisiert die Rechte in dieser Diktion die Moderne. Das Synergon geht vor allem konform mit den Analysen und Visionen des italienischen Faschisten Julius Evola. Die Werke des „faschistischen Gurus“ wie „Heidnischer Imperialismus“ (1928), „Revolte gegen die Moderne“ (1934) und „Menschen inmitten von Ruinen“ (1953) haben bei ihnen den Status von „Bibeln“.

1995 sah sich Marc Lüdders berufen, die deutsche Sektion von Synergon zu gründen. Aus den Arbeitszusammenhängen der „Freien deutschen Sommeruniversität“ baute der ehemalige Sprecher der Hamburger „Burschenschaft Germania“ das „Synergon Deutschland“ (SD) auf. Der Arbeitszusammenhang hatte sich zuvor von der „Jungen Freiheit“ abgewendet, der Anpassertum vorgeworfen wurde. Fortan wurde sie nur noch „Junge Feigheit“ genannt, da die Redaktion sich vor weiteren Erwähnungen in Verfassungsschutzberichten sorgte.

Die im Hamburger Burschenschaftshaus der „Germania“ ansässige Sektion vereinbarte 1997 mit der „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft“ (DESG) ein Kooperationsabkommen. Zusammen mit dieser ältesten „neurechten“ Gesellschaft Deutschlands, ebenso mit Sitz in Hamburg, ließ das SD die Tradition der Sababurg-Runden wieder aufleben. Über diese Runden versuchte 1971 die DESG die unterschiedlichsten „Nonkonformen“ aus den sozialen Bewegungen und rechten Kreisen zu vereinen. Trotz des Mißerfolges der Wiederbelebung rückten die beiden Kreise enger zusammen und Lüdders übernahm die Leitung der DESG.

War bisher die DESG der „Träger“ von SD soll nun ab 2001 der Dresdener Verlag „Zeitenwende“ die Organisation und Reklame des SD übernehmen. Über ein Jahr bedurfte es, die beschlossene Zusammenarbeit umzusetzen. Aber, so versichert Synergon und „Zeitenwende“, die „personelle und fachliche Zusammenarbeit mit der DESG“, mit ihren Heften „Junges Forum“ und „DESG-inform“ bliebe bestehen. Die vom Verlag herausgegebene Zeitschrift „Hagal“ wird indes als offizielle Zeitschrift von Synergon weitergeführt.

Bereits im vergangenen Jahr arbeitete die SD zwischenzeitlich bei der 1997 initiierten Zeitschrift „Hagal - Die Allumfassende“ mit. Verantwortlich zeichnen für diese Schrift Steffen Behnke und Sven Henkler aus dem „Zeitenwende-Verlag“. In einem Rundbrief pries der Verlag die Zusammenarbeit, „als einen weiteren Schritt zur Neubelebung des einst so kultur- und geistvollen Abendlandes“. Die Zeitschrift „Hagal“ versucht sich vor allem mit der Wiederbelebung europäischer Traditionen. Neben Artikeln zu konservativen bis faschistischen Denkern der Vergangenheit und der obligatorischen Absage an die Moderne, generiert sich das Blättchen über seinen neu-heidnischen Impetus, in Form von Artikeln zur nordischen Mythologie. Ein Anliegen, das sich in den Publikationen des „Zeitenwende-Verlages“ widerspiegelt. Das Programm offeriert Schriften zum Reichsgedanken sowie einige Büchlein zu dessen quasi metaphysischenr Einbettung via gelebten Brauchtums und Traditionalismus.

Intellektuelles Niveau und grafisches Layout des „neuen Projektes SYNERGON-Forum“ haben so gar nichts mit dem selbst kreierten Image als „nonkonform und avantgardistisch“ zu tun. Die acht Seiten DIN à 4 mit dreispaltigen Textlayout füllen drei Seiten Werbung vom Verlag und „Eis & Licht“/„Zinnober“, sowie Ankündigungen von Tagungen. Auf den restlichen Seiten ist so dann nur noch ein Referat von Martin Schwarz zu finden, das der Julius-Evola-Exeget auf der gemeinsamen Tagung „Reich Europa“ von Synergon und „Zeitenwende“ letztes Jahr hielt. Unter dem Titel "Tradition und Herrschaft" führt Schwarz, der auch für „Sigill“/„Zinnober“ schreibt, vermeintlich hoch metaphilosophisch aus, dass das „Reich als Präsens der überzeitlichen Prinzipien und ordnenden Kraft“ verstanden werden müßte, in dem nur die Reichs-idee um der Idee willen herrschen darf, so dass die Tradition nur als „immanente Transzendenz“ im Inneren erlebt werden kann und nur „wenn die Zeit sich erfüllt“ die alten „Hierarchien und Autoritäten“ ein neues "Reich der Endzeit" das Sacrum Imperiums wieder auferstehen lassen. Was Schwarz, abgeschrieben von Evola und René Guénon, so hoch tiefsinnig als „europäische Tradition“, aufzuzeigen vermag, fällt, wie bei seinen Idolen, indes ins niedere und einfache des Faschismus zurück, wenn er ausführt: dass der „Individualismus“ das Individuum verführe und vermasse, die Demokratie eine „Pöbelherrschaft sei, der Staat eine „Zwangsherrschaft“ wäre, der die „Vereinzelten unorganisch in Zwangskorsette hineinpresse“, die „angloamerikanischen Befreier die Stätten der europäischen Zivilisation in Schutt und Asche gebombt und danach die Überlebenden zu Konsumzombies umerzogen hätten, sowie mittels der chemischen Kriegsführung der Anti-Baby-Pille die überlieferten Lebensformen“ weiter fortzuführen und durch den Zuzug „außereuropäischer Völker die Auslöschung der europäischen Völker“ immer noch betreibe. „1933“ erscheint so dann auch nur als „eine“ von vielen deutschen „Revolten“ gegen den „Generaltrend der Moderne“. Doch solch Kritik und Reflexion dürfe das Wirkliche der Ideen gar nicht erfassen. Sei doch die „Welt der Tradition dem Jetzt-Menschen völlig unbegreiflich“.

Vom 9. bis 11. März diesen Jahres wollen die Eingeweihten von Synergon auf einen Seminar, voraussichtlich in Vlotho, den „Gral“ suchen und vom 4. bis 6. Mai möchten sie sich in Magdeburg zusammen finden. Unter dem Titel „Nonkonform - Vergessene Geistesimpulse europäischer Tradition im 20. Jahrhundert“ hoffen sie, die verschüttete Visionen aufzudecken.

Hakenkreuz

Am Haus des DVU-Landesvorsitzenden von Mecklenburg-Vorpommern, Friedrich Tektas, war Anfang Dezember letzten Jahres ein 60 mal 60 Zentimeter großes Hakenkreuz aus gelben Klinkern entdeckt worden. Der ehemalige Bauunternehmer Tektas ließ nach zahlreichen Presseveröffentlichungen das betreffende Feld seines Fachwerkhauses verputzen und streichen.

Annelies Senf

Sie sollen ruhig kommen

Die „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG) - ein Abspaltungsprodukt der NPD/JN.

Noch ist die Klientel der BDVG klein, aber das muß nicht so bleiben, wenn die ehemalige Mutterpartei NPD verboten wird.

Die Organisation

Im November 1998 mietete sich der damalige Landesvorsitzende der JN in Nordrhein-Westfalen, Achim Ezer, in die Räume des „Europa Vorn“ Herausgebers Manfred Rouhs (Eschweiler- Dürwiß) ein. Aus der Redaktionsstube, in der auch das neue Magazin „Signal“ entwikkelt wurde, sollte ein Versammlungszentrum bzw. „Schulungslager“ für die JN und Sitz der Redaktion der JN-Zeitung „Schwarze Fahne“ mit dem obligatorischen Versandhandel werden. Ein Schulungslager, so Ezer, sei notwendig, da „viele junge Leute ziellos“ hinter der JN her irrten, „ohne ein vernünftiges Argument dafür zu haben“. Der Vermieter des Hauses ist Paul Nießen, der Ex-Schatzmeister der Aachener NPD.

Im Zuge der innerparteilichen Auseinandersetzungen um den neugewählten JN-Bundesvorsitzenden Sascha Roßmüller (gegen den Ezer kandidierte und verlor) und die Aufnahme von Safet Babic in die Partei, traten Kader der JN aus Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und der gesamte Landesvorstand Sachsen aus der bundesweiten Organisation aus. Einige von ihnen gründeten am 5. Juni 1999 die BDVG. Entsprechend der regionalen Herkunft wurden die Ortsverbände „Mitteldeutschland“ (Sachsen), SÜD (BaWü) und Eschweiler (NRW) gebildet. Im Januar 2000 folgte der erste Gruppenverband des BDVG-Gebietsverbands SÜD (der Gebietsverband Rhein-Neckar) in Ludwigshafen mit einer Postfach-Anschrift in Mannheim. Die Adresse in Eschweiler-Dürwiß blieb als Kontaktadresse für die Zentrale der BDVG erhalten und wurde anfänglich auch vom Gebietsverband SÜD genutzt, bis dieser sich ein eigenes PF in Heilbronn besorgte, über das die Zeitschrift „Volk in Bewegung-Organ des nationalen und europäischen Aufbruch“, die 2-3 mal im Jahr erscheint, bezogen werden kann.



Lars Käppler (Mitte) und Mathias Brodtbeck (re.)

Erster BDVG-Bundesleiter wurde Achim Ezer. Inzwischen hat sein damaliger Stellvertreter Lars Käppler das Amt übernommen. Der ehemalige Vorsitzende der JN- BaWü, Käppler, gründete zusammen mit Ralf Brunner (stellv. Gebietsleiter) und Stephan Zimmermann den Gebietsverband SÜD.

Was will die BDVG?

In einer Selbstdarstellung wird das Organisationsziel der BDVG wie folgt angegeben: Sie sei der „organisierte Zusammenschluß von Deutschen (...), deren Vorstellungen sich am strukturellen Ordnungsprinzip der Nation orientieren.“ Eine Vereinigung aller Bereiche nationaler Weltanschauung, deren Grundlagen auf dem heutigen naturwissenschaftlichen Erkenntnisstand aufbaut, sei notwendig, um die Politik auf Grundlage der Wiedergeburt der Nation neu zu ordnen. Naturwissenschaftliche Erkenntnisse seien die einzige Gewähr für ein Über- und Weiterleben des Volkes. „Volk“ bedeute in diesem Zusammenhang natürliches Ordnungsprinzip der Natur. „Die Nation ist die dementsprechende geistige Grundlage dieser organisch gewachsenen Gemeinschaft erblich verwandter Menschen, die sich durch Sprache, Kultur, Abstammung und Schicksal zu ihrer Einheitlichkeit entwickelt hat.“ Damit die Politik neu geordnet werden könne, müssten nationale Kräfte politischen Einfluß gewinnen. Es ergäbe sich folglich die Aufgabe „die politische, gesellschaftliche und soziale Schulung des Weltbildes insbesondere junger Menschen mit dem Ziel zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung zu befähigen.“ Dieser „politische Auftrag“ stellt die Förderung von Eliten als wichtigste Aufgabe in den Mittelpunkt. Das nationale Lager brauche „Köpfe, Ideen und Aktivitäten, die den hoffnungs- und orientierungslosen Mitbürgern wieder Mut geben können und in der Lage sind, das Land aus der Stagnation zu führen.“

Stephan Sieben, Oliver Händel, Achim Ezer (v.l.n.r.)

Elitenbildung als Schulungsaufgabe

Durch intensive Schulungsarbeit soll den Mitgliedern ein Wissenstand vermittelt werden, der ein „umfassendes und ganzheitliches Verstehen, Weltanschauung sowie das richtige Vermitteln unserer Ziele“ ermögliche. Zentral sei hierbei die Vermittlung der „Geschichte des deutschen Volkes“, da die „Grundlage aber für eine erfolgreiche Meisterung der Zukunft, (...) das Wissen um seine eigene Vergangenheit“ sei. Es solle die ganze Geschichte des deutschen Volkes von seiner Wurzel bis in die Gegenwart aufgezeigt werden. Die Anlehnung an den verstorbenen rechten Historiker Hellmut Diwald ist unverkennbar. Sein Leitsatz, dass es ohne Geschichtsbewußtsein weder eine soziokulturelle, noch politische Selbstbehauptung gebe ist den Jungnazis Programm. Einen weiteren Ideenlieferanten fand man in Rolf-Josef Eibicht, einem Vollblut-Revanchisten, dessen Neo-Nazi-Karriere über die NPD, CDU/CSU, DVU, Republikaner bis zum Witikobund führte. Seine Pamphlete über den „Vertreibungsholocaust“ können auf den Internet-Seiten der BDVG in voller Länge nachgelesen werden.

Im Lehrprogramm der BDVG finden sich folgende Themen wieder: „Grundlagen unseres Welt- und Menschenbilds“, „Weltbild und politische Programmatik“, „Deutsche Geschichte vom Mittelalter bis 1870“, „125 Jahre Deutsche Geschichte von 1870 bis heute“. In den an Wochenenden stattfindenden Schulungen werden Organisationslehre, naturwissenschaftliches Menschenbild, Biologie und Evolution, Einführung in die Volkskunde, Weltpolitik, das Grundsatzprogramm der BDVG und immer wieder die deutsche Geschichte vermittelt.

Der zweite wichtige ideologische Punkt in

Die neonazistische „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG) hat ihren Sitz nach Heilbronn verlegt. Bis zum Ende des vergangenen Jahres hatte die BDVG, vormals „Bildungsgemeinschaft Deutsche Volksgemeinschaft“, ihren Sitz in Eschweiler-Dürwiß. Zunächst hatte der nordrhein-westfälische Landesverband der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) im nahe Aachen gelegenen Dürwiß seinen Sitz. Direkt nach der Abspaltung von den JN im Juni 1999 übernahm das neu gegründete BDVG das Anwesen, wo auch der bisherige nordrhein-westfälische JN-Landesvorsitzende Achim Ezer wohnte. Ezer wurde der erste Bundesleiter der BDVG. Sein Nachfolger ist der im Landkreis Heilbronn wohnhafte bisherige Stellvertreter Lars Käppler (25). Nach amtlichen Angaben gehören knapp 100 Rechtsextremisten der BDVG an.

---

der „Elitenausbildung“ ist die Vermittlung von Kenntnissen in der Wirtschaftspolitik. Die Kritik der BDVG an der gegenwärtigen Regierungspolitik orientiert sich an deren Währungs- und Steuerungspolitik. Sie wirft ihr Unfähigkeit vor, die das „Glück der Wiedervereinigung“ zu minimieren drohe. Diese „Tragik“ werde nun mit dem Programm „eines Wiederaufstiegs des deutschen Volkes“ überwunden. Im Schulungsprogramm werden Lehrgänge wie „Wirtschaftspolitik und nationale Verantwortung“ und „Geld- und Weltpolitik“ angeboten. In ihnen werden Kenntnisse zur „Globalisierung als politisches Projekt“, zu „Prinzipien der Geregelten Marktwirtschaft“ oder zu „Möglichkeiten staatlicher Wirtschaftssteuerung“ vermittelt. Weiter geht es mit Themen wie: „Spekulation als Wirtschaftswaffe“, „Währungspolitik“, „Indexwährung“, „Analyse der weltpolitischen Mächtezentren“, „Nationale Verantwortungspolitik in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen“ und „Europäische Eidgenossenschaft“. Mit Lehrgängen wie „Rhetorik und kommunikative Kompetenz“ und zur „Organisation, Präsentation und Menschenführung“ wird dafür gesorgt, dass der Führergedanke, dem Eliten besonders verpflichtet sind, nicht gänzlich abhanden kommt.

Aktivitäten

Die BDVG wäre kein typischer rechter Theorie- und Denkzirkel, wenn sie nicht auch Veranstaltungen durchführte, die über die internen Kreise hinaus wirken. Bei solchen Treffen wird der Anspruch auf ideologische Schulung gerne mit der „Volks- und Brauchtumspflege“ verknüpft. So gab es 1999 im Juni eine Sonnenwend-Feier bei Heilbronn und im Oktober eine Erntedankfeier in Herrenberg bei Stuttgart.

Nach altem „germanischen Brauch“ begingen Mitglieder der BDVG den „feierlichen Wandel der Natur“, mit Feuer, Fackelzug und Kranzniederlegung zum Gedenken an die Mütter, an die Toten beider Weltkriege, für die Verwirklichung der Reichsidee und die Zukunft des Volkes. Ezer sprach sich für eine auf den Naturgesetzen aufbauende Weltanschauung und Politik aus.

Die Erntedankfeier diente der „Pflege des deutschen Kulturgutes“. Das Erntebrauchtum wurde mit einer Gedenkstunde an Südtiroler Freiheitskämpfer verbunden.

Hin und wieder werden verdiente Männer der „Bewegung“ zu Gastvorträgen eingeladen. Im Dezember 1999 durfte sich der Vorsitzende der „Aktion Freies Deutschland“, Wolfgang Juchem, zu dem Thema: „Die Deutschland- und Europapolitik nach dem Kosovokrieg“ in Heilbronn auslassen. Er übte scharfe Kritik an der NATO- Politik - vor allem an der Rolle der USA. Lars Käppler hielt das Koreferat, in der er die Europakonzeption des BDVG vortrug. Im wesentlichen geht es immer um einen von der US-Politik gelösten evolutionär-loslösenden Prozess Europas, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas, eine Aufstellung von Grenzsicherungstruppen, um den Kontinent vor „massenhafter illegaler Immigration“ zu schützen, eine kontinentale Wirtschaftseinheit als Schutz und Schirm vor der Abhängigkeit vom „vagabundierenden Spekulativkapital“ sowie vor unerwünschter Einfuhr und den Schwankungen des Weltmarktes.

Bei einer weiteren Veranstaltung, die vom Gebietsverband SÜD am 4. Februar 2000 in Ellwangen ausgerichtet wurde, referierten Franz Schönhuber zur „Herausforderung einer europäischen Neuordnung im 21. Jahrhundert“ und der Nazi-Verleger Gert Sudholt.

Für ein biologisches Welt- und Menschenbild konnte sich Dietrich Schuler aus Pforzheim in einem Vortrag am 12. Mai 2000 in Heilbronn mit dem Thema „Von der notwendigen Überwindung des Christentums“ ins Zeug legen. Schulers Buch „Der Aufstand der Verpflanzten. Die Wurzeln des Antigermanismus in der Welt“ ist im rechtsradikalen „Grabert-Verlag“ erschienen und kann beispielsweise bei dem Versandbuchhandel „Scriptorium“ (O- Ton: eine alternative Geschichtsbücherquelle) bestellt werden, wo auch die Machwerke von Rolf-Joseph Eibicht, Alain de Benoist, Franz W. Seidler, Wolfgang Symanek, David Irving u. v. m. angeboten werden.

Momentan ist es noch sehr ruhig um die BDVG. Es bleibt offen, welche Rolle sie übernimmt, wenn die ehemalige Mutterpartei NPD verboten wird. Für einige NPD-Aktivisten wird sie ein willkommenes Auffangbecken sein.

Jungmädelcamp?

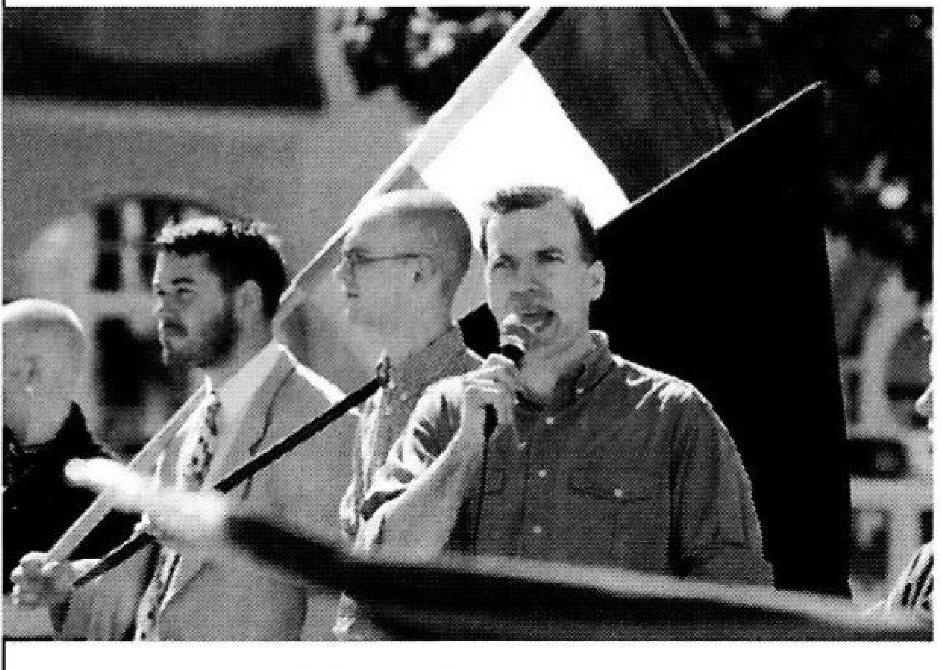
Die 19-jährigen Claudia, Teilnehmerin an der Sat.1-Reality-Soap „Girlscamp“ hat für einen Eklat gesorgt. Die Bewohnerin des Camps hatte auf die Frage einer Moderatorin über ihren Männeridealtyp geantwortet, sie stehe auf „arische Männer“. Der Sender räumte nach öffentlicher Empörung über diesen Ausspruch einen redaktionellen Fehler ein. Der Einspielfilm sei unter Zeitdruck produziert und gesendet worden. Es habe bereits ein Gespräch mit der 19-Jährigen über den Vorfall gegeben. Weitere Konsequenzen werden aber nicht folgen. Claudia bleibe weiterhin im Rennen. Im „Girlscamp“ werden zehn junge Frauen sieben Wochen lang in einer Villa auf einer Kanareninsel gefilmt. Diejenige, die sich am Ende gegen die anderen Mitspielerinnen durchgesetzt hat, erhält rund 200.000 Mark. Jede Woche wählen die Kandidatinnen einen „Boy of the week“, der dann in das Camp eingeflogen wird.

Nazi-Gedenkveranstaltungen in Dresden

Dresden erinnerte am 13. Februar an den Luftangriff der Alliierten von 1945. Am Vormittag versammelten sich etwa 500 Bürger auf dem Heidefriedhof zum Gedenken, darunter der Oberbürgermeister Herbert Wagner, der sächsische Landtagspräsident Erich Iltgen und der sächsische Sozialminister Hans Geisler sowie Horst Mahler (NPD) und einige junge Männer in Bomberjacken.

Am Abend marschierten etwa 750 Neonazis, die meisten davon NPD-Mitglieder und Anhänger „freier Kameradschaften“, dazu ein Dutzend Republikaner sowie eine Handvoll Mitglieder von Vertriebenenorganisationen wie der „Landsmannschaft Schlesien“ und der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ von der Semper Oper zum Rathaus. Als Anmelder des „Trauermarsches“ fungierte in diesem Jahr die „Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien – Landesverband Sachsen/Schlesische Lausitz e.V.“. Transparente trugen die Aufschriften: „Ehre den Opfern des Bombenterrors“, „Bomber Harris – Mörder tausender Zivilisten“, „Das war kein Krieg – das war Mord“, auf anderen wurde nur für Organisationen geworben wie „Nationaler Widerstand Berlin-Brandenburg“ oder „Widerstand West“. Etliche Nazi-Skins trugen die „88“ auf ihren Jackenärmeln. Fackeln, Grabkerzen sowie sechs Hundertschaften Polizei sorgten für einen gespenstisch wirkenden Zug durch das Zentrum von Dresden.

Die Logistik wurde von der NPD-Geschäftsstelle aus Riesa bereit gestellt. Als Flugblattverteiler und Redner traten Mathias Paul und Jürgen Günz (NPD-Sachsen), Steffen Hupka (Revolutionäre Plattform - NPD Sachsen-Anhalt) und der Vorsitzende der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) Alexander Kleber auf. Der forderte in seiner Rede vor dem Dresdner Rathaus die „Wiederherstellung der Ehre des deutschen Volkes“ und die Einführung des „13. Februar als nationalen Feiertag“. Zum Abschluß sang die Versammlung „Ich hatt' einen Kameraden ...“.



A. Kleber (li.) und S. Hupka (mit Mikro), hier am 26.08. 00 in Halle

Trotz einiger Beschlüsse und öffentlicher Erklärungen, keine Kundgebungen von Neonazis zu dulden, hat die Stadt Dresden den „Trauermarsch“ nicht verboten und dadurch den Neonazis eine öffentliche Plattform für ihre Propaganda geschaffen.

Mahler, Hupka und Kleber dürften die Veranstaltung auch dazu genutzt haben, um für den mitgliederstärksten Landesverband der NPD Möglichkeiten zu sondieren, nach einem möglichen Verbot der NPD bei Vertriebenenorganisationen Unterschlupf zu finden. Trotz distanzierender Erklärungen des Vorstandes der „Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien – Landesverband Sachsen/Schlesische Lausitz e.V.“ bezüglich der Teilnahme einiger Mitglieder an dem „Trauermarsch“ und einer Pressemitteilung des BdV-Landesvorsitzenden Werner Hubrich (CDU-MdL in Sachsen) war nicht zu übersehen, dass die anwesenden Vertriebenen über das aktive Mitwirken der Jung-Nazis an ihrem „Trauermarsch“ sehr erfreut waren.



Karl Chemnitz

Raimund Hethey & Wolfgang Schwieder

Neo-Nazi-Strukturen in Ostfriesland

Im neuen Jahr führte der Staatsschutz verschiedene Razzien in der Neo-Nazi-Szene von Ostfriesland durch. Der Eindruck, die Exekutive setze das vom Bundeskanzler versprochene schärfere Vorgehen gegen den Rechtsextremismus endlich durch, täuscht bei näherem Hinsehen. Über organisatorische Hintergründe und personale Verflechtungen erfährt die Öffentlichkeit wenig.



Cord Pleis (Bildmitte mit Sonnenbrille)

Der Neofaschismus hat in Ostfriesland eine lange Tradition und was durch die Razzien jetzt aufgedeckt und zum Teil auch vertuscht wird, ist seine kontinuierliche und konsequente Weiterentwicklung, ohne dass sich nennenswerter Widerstand dagegen zeigt.

Kontinuitäten

Zu Beginn der 50er Jahre, zu Zeiten des Generalmajors a. D. Otto Ernst Remer, war Ostfriesland bevorzugte „Kampf-Region". In Wahlkampfzeiten verging kaum ein Wochenende ohne Massenschlägereien zwischen Anhängern der faschistischen „Sozialistischen Reichspartei" (SRP) und AntifaschistInnen. Die Nachfolgeorganisation der 1952 verbotenen SRP, die NPD konnte an die Erfolge der SRP in den 60er Jahren anknüpfen. Mitte der 70er Jahre hatte Michael Kühnen mit seiner NSDAP-Wiederbelebung ebenso eine feste Basis in Ostfriesland wie danach Christian Worch mit der GDNF und deren Ableger „Deutscher Kameradschaftsbund" (DKB). Im Zusammenhang mit dem NSDAP-Aufbau von Michael Kühnen waren gerade in Ostfriesland Verbindungen bis in das kriminelle Milieu von Waffenschiebern aufgedeckt worden. Vielleicht hat der Staatsschutz gerade deshalb bei dem aktuellen Waffenfund in Emden Anfang Januar diesen Jahres sofort von sich aus alle Verbindungen zu den Razzien bei den Neo-Nazis abgestritten. Die Verbote von SRP und dem DKB haben die ostfriesischen Neo-Nazis nicht eingeschüchtert, weil sie nie konsequent durchgesetzt wurden. Stattdessen wiederholen die örtlichen Polizeichefs seit 15 Jahren monoton, „eine organisierte rechtsextreme Szene haben wir hier nicht." Das Medien-Echo auf die aktuellen Razzien beschränkte sich denn auch nur auf die Regionalpresse. Läge Emden im Osten der Republik, wäre die Reaktion gewiß anders ausgefallen. Immerhin titelte die Emder Zeitung am 13. Januar diesen Jahres:

„Größter Nazi-Fund in Ostfriesland"

In Emden hatten Beamte einer Sonderkommission die Früchte ihrer Razzia vom 10. Januar präsentiert: 5.000 CDs, aber auch T-Shirts, Bücher und Zeitschriften wurden bei 14 Wohnungsdurchsuchungen am 10. Januar in den Landkreisen Leer, Aurich, Vechta, Celle, Diepholz, Hamm und Dortmund gefunden. Ein Teil der Nazi-Ware war für den Export nach Schweden bestimmt. 65 Beamte vom Landes- und Bundeskriminalamt waren an den Ermittlungen beteiligt. Den Wert der CDs gaben der Leitende Oberstaatsanwalt Werner Kramer und KHK Horst Bolle mit ca. 150.000 Mark an. Unter den CDs fielen den Beamten 600 Stück von der CD „Jugendträume" mit einem Kinderbild von Hitler auf. Die T-Shirts trugen Aufdrucke wie „Oidoxie auf Terrortour" oder „Weiß & Rein." „Juden raus" steht auf einem der Magazine. Sechs Tatverdächtige wurden vorübergehend festgenommen. Unter den Festgenommenen war auch der 23-jährige stellvertretende Landesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN), Cord Pleis aus Leer. Wegen Beihilfe zur Volksverhetzung und Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen ermittelt die Staatsanwaltschaft auch gegen den JN-Landesvorsitzenden Danny Marquardt.



Die NPD-Struktur

Cord Pleis ist der Auricher Antifa schon lange als agiler Neo-Nazi bekannt (vgl. DRR, Nr. 42, S. 13). Er absolvierte eine Lehre im väterlichen Geschäft für Sanitäranlagen. Mit 16 Jahren machte er einen Jagdschein und suchte Kontakt zu rechten Skinheads. Mit spätestens 21 Jahren war er bei der Jugendorganisation der NPD organisiert. Er unterstützte die Linie vom jetzigen Mitglied des NPD-Bundesvorstands, Holger Apfel, die damals darin bestand, sich offen mit dem militanten Neo-Faschisten aus der GDNF-Struktur um Christian Worch und Thomas Wulff aus Hamburg zusammen zu tun. Einer breiten Öffentlichkeit fiel Pleis bei dem Aufmarsch in Cloppenburg am 5. April 1998 auf, bei dem die Neo-Nazis die Todesstrafe für „Kinderschänder" forderten. Schon früh im elterlichen Haus auf Geschäftstüchtigkeit getrimmt, suchte Pleis auch bei den Neo-Nazis seinen persönlichen materiellen Gewinn zu erzielen. Hier bot der CD-Handel im kulturellen Umfeld des Nazi-Skinhead-Milieus gute Möglichkeiten. Nachdem der Lingener Neo-Nazi Jens Ulrich Hessler durch eine ähnliche Polizeiaktion 1998 aus dem Verkehr gezogen wurde, kann vermutet werden, dass Pleis in seine Fußstapfen getreten ist. Hier sind alte Strukturen der inzwischen verbotenen FAP und GDNF immer noch wirksam. Der inzwischen in Dortmund agierende Markus Samland, den Deutschlands bekanntester militanter Neo-Nazi Christian Worch wegen seiner Einsätze bei den jüngsten Aufmärschen in Nordrhein-Westfalen im Internet lobte, hat seine Meldeadresse immer noch in Ostfriesland, wo er regelmäßig im Verbund mit Nazi-Glatzen auftritt. Samland soll etliche Auricher Adressen für das Anti-Antifa-Pamphlet „Der Einblick" zur Verfügung gestellt haben (vgl. DRR, Sonderheft 1). Nicht nur Nazi-Kontakte dienen Pleis als Einnahmequelle. Im Zuge der Hausdurchsuchung wurde bekannt, dass sich Pleis eine Menge Kohle bei einer Versicherung verdient. Zu seinen Kollegen zählen

Antisemitismus aus dem Nordwesten der Republik

Wegen Volksverhetzung per Internet wurden Mitte Januar zwei Neonazis vor dem Amtsgericht in Norden zu Geldstrafen in Höhe von 2700 und 1200 Mark verurteilt. Die beiden Angeklagten (23 und 24 Jahre alt und als Fernsehmechaniker und Gärtner tätig) nannten sich auf ihrer Homepage „Jungsturm Norden" und „Judenkiller". Die User der mit Hakenkreuzen versehenen Homepage wurden mit „Heil Euch!" begrüßt. Im Angebot waren antisemitische Witze, das Parteiprogramm der NSDAP und faschistoides Liedgut. Ganz im Stile der Anti-Antifa wurden dort auf einer „Hass-Seite" Namen von Bürgern aus der Stadt Norden veröffentlicht. Die beiden Angeklagten beteuerten vor Gericht, dass sie nicht mehr der rechten Szene angehören.

Ebenfalls Anfang des Jahres suchte die Polizei im Nordwesten der Republik den in Lathen/Emsland ansässigen „Ewert-Verlag" auf. Aufgrund eines richterlichen Durchsuchungsbeschlusses des Amtsgerichts Papenburg wurden die antisemitischen Bücher des Verfassers Jan Udo Holey beschlagnahmt, der unter dem Synonym Jan van Helsing beim „Ewert-Verlag" veröffentlicht. Die Polizei beschlagnahmte etwa 160 Exemplare des Buches „Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert" in deutscher, englischer und französischer Sprache. Ermittelt wird wegen des Verdachts der Volksverhetzung.

dort auch Polizeibeamte aus Ostfriesland, die durch aggressive Kundenwerbung bis 5.000 DM monatlich zusätzlich zu ihrem Gehalt eingenommen haben sollen. Inzwischen hat die Polizei in Oldenburg gegen zwei Auricher Beamte Ermittlungen wegen der ausufernden Nebentätigkeit aufgenommen. Ein Beamter ist nach Auskunft von Kühme, dem Leiter der Polizei in Weser-Ems, suspendiert worden.

Nicht nur die von der Polizei für Ostfriesland nun öffentlich zugegebenen 100 bis 110 Skinheads hat Pleis, der von der Staatsanwalt als „Drahtzieher" angesehen wird, mit Nazi-Stoff versorgt. Über das Label „Moin-Moin-Records" und ein dazugehöriges Fanzine knüpfte er ein bundesweites Vertriebsnetz, das schließlich seine Produkte auf dem internationalen Markt anbieten konnte. Er bediente zunehmend auch eine Klientel aus dem Dark Wave Bereich. Der durch einen heimtückischen Mord seit 1993 bekannte Sänger der Gruppe „Absurd", Hendrik Möbus, wurde in dem Fanzine „Moin Moin" (Nr. 3, 1999) interviewt. Inzwischen zeichnet Jens Siefert (ehemals FAP-Mitglied und früherer Mitbetreiber des „Nationalen Info-Telefons") für die Seite verantwortlich. Siefert hat die „moinmoinrecords" für den ersten kommerziellen Neonazi-Provider „Netzpunkt" reservieren lassen. Als Kontaktadresse wird neben Siefert, die von Benjamin Poleck mit der Anschrift des ehemaligen JN-Schulungszentrums Kalte Zeit in Ehrenburg/Sulingen angegeben. Zusammen mit JN-Landeschef Danny Marquardt hat sich Siefert auch für die Homepage der JN-Niedersachsen registrieren lassen.

Neben der Logistik wurden der militanten Jung-Nazi Szene in Ostfriesland immer wieder Konzertveranstaltungen geboten, von denen die meisten der Öffentlichkeit entgangen sein dürften. Im Oktober des letzten Jahres sorgte allerdings ein Neonazi-Spektakel in Holterfehn/Leer bei Anwohnern für Ärger. Sie warfen der Polizei vor, nur tatenlos zugesehen zu haben, anstatt die Veranstaltung rechtzeitig aufzulösen. So habe die Polizei geflissentlich „Heil-Hitler"-Rufe und antisemitische Parolen überhört. Als Entschuldigung führte der Einsatzleiter der Polizei, Oberrat Werner Schlig, an, es sei möglich, dass das Gegröle wegen eines seitlichen Fensters bei den Nachbarn akustisch besser wahrgenommen worden ist.

NPD-Schläger und Kampfhunde

Gilt Cord Pleis als geschäftiger Schreibtischtäter, sind andere, der NPD nahe stehende „Kameraden" für das Grobe vorgesehen. Thomas Hiebenga mußte auf Betreiben des Bürgermeisters Peter Freesemann das Dorf Weener verlassen, weil seine Wohnung zum Treffpunkt militanter rechter Nazi-Skins wurde. Gegen den ihn erteilten Platzverweis hat er inzwischen mit Hilfe des NPD-Bundesvorstands eine Verwaltungsklage gegen den Bürgermeister angestrengt. Neben dem NPD-Bundesvorstandsmitglied Frank Schwerdt hat sich der Pressesprecher der NPD, Klaus Beier, in einer Presseerklärung gegen den couragierten Bürgermeister positioniert. In einem Gespräch mit der regionalen Zeitung „Wecker" erklärte Hiebenga, der wegen Körperverletzung vorbestraft ist, Anfang Dezember, dass er den Ort Weener, aber nicht die rechte Szene verlassen habe. Während des Gesprächs trug Hiebenga ein T-Shirt der Neonazi-Band „Kraftschlag", deren Gitarrist Patrick Janssen („Yggdrasil") aus Ostfriesland kommt. An seinem neuen Wohnort Rhauderfehn will sich Hiebenga zunächst bedeckt halten und sich erst einmal auf „NPD-Seminaren" fortbilden. „Im Wohnzimmer hängt eine riesige Fahne, die fast so aussieht wie die verbotene Reichskriegsflagge", schreibt die Journalistin Carmen Leonhard im „Wecker", „die plüschigen Sofakissen sind mit rechten Schlagworten wie „White Power" bestickt und an der Tür hängt ein Window-Color-Bild, das an die „Wiking-Jugend" erinnert."

Nicht weniger gewalttätig als Hiebenga ist der 26-jährige Torsten Jaenicke. Am 9. Februar berichteten die „Ostfriesischen Nachrichten", dass Jaenicke in dem Dorf Esens seinen Kampfhund, einen Mastino Napolitano, als gefährliche Waffe gegen einen Mann gehetzt und diesen schwer verletzt habe. Etwa zwei Jahre lang - bis August 2000 - hatte er die Anwohner des Dünenweges in Aurich-Egels terrorisiert. Bürgern hatte Jaenicke schon öfters angedroht, seine Freunde aus der rechten Szene würden sich um sie „kümmern". Jaenicke, der Anfang der 90er bei der „Neuen Deutschen Jugend" (NDJ) in Norden mitwirkte, einem ostfriesischen Ableger des inzwischen verbotenen „Deutschen Kameradschaftsbundes", bot im „Moin Moin"-Fanzine Kameraden seine Dienste als Hundeausbilder an.

Die Vielfalt von neo-nazistischen Aktivitäten im Nordwesten der Republik wird der Öffentlichkeit nur scheibchenweise präsentiert. Wer sein Augenmerk nur auf den Osten richtet, könnte geblendet von den dortigen neonazistischen Entwicklungen, leicht übersehen, dass der „braune Dreck" (Udo Lindenberg) auch vor der eigenen Haustür liegt. Wer sich allzusehr auf staatliche Eingriffe vertraut, wird merken, dass Verkündigungen von Zahlenmaterial aus Statistiken und einzelne Razzien nicht ausreichen. Hier ist eine kritische Öffentlichkeit gefragt, die Druck auf die Polizei ausübt. Als am 20. Januar im emsländischen Detern ein 44-jähriger Mann bei einer Auseinandersetzung mit Jugendlichen tödlich verletzt wurde, wollte die Polizei nicht zur Kenntnis nehmen, was etliche Dorfbewohnerlnnen bekundeten, dass die Jugendlichen „rechte Parolen" gegrölt und im Vorfeld eines Vereinsfestes „Randale" angekündigt hatten.

Alfred Schobert

„Mit Allah und Odin"

Seit dem Ausbrechen der „Al Aqsa Intifada" häufen sich bei deutschen Nazis die propalästinensischen Stellungnahmen. Transparente, die Freiheit für Palästina fordern, gehören mittlerweile zur Grundausstattung der JNler. Auch auf die Luftangriffe Großbritanniens und der USA auf den Irak am 16. Februar diesen Jahres reagierten die Nazis sofort. Die Hamburger Demo der Kameraden um Christian Worch wurde kurzfristig umgewidmet zur „antiimperialistischen" Kritik an den USA. Der Hass auf alles Jüdische und den Staat Israel führt dabei zu kruden Allianzen zwischen Nazis und arabischen bzw. muslimischen Israelgegnern.

Zur „weltweiten Intifada" als Aufstand der wirklich Anständigen gegen „Agenturen der jüdischen Macht" rufen Horst Mahler, Uwe Meenen und Reinhold Oberlercher auf. Die mögliche Anknüpfung an die Thesen des linken Antizionisten Norman G. Finkelstein lassen sich die Mannen um Mahler dabei selbstverständlich nicht entgehen. In ihrem Aufruf heißt es: „Wir zollen dem jüdischen Gelehrten Norman Finkelstein Respekt dafür, dass er der Welt den Betrug und die Erpressung aufgezeigt hat, mit denen von jüdischen Organisationen aus dem Deutschen Volk durch Einsatz der Auschwitzkeule Milliarden und Abermilliarden herausgepresst werden."

Mit der Übernahme der Parole „Intifada" betritt Mahler für die NPD keineswegs Neuland. Bei den jüngeren Kameraden in der NPD und ihrem organisatorischen Umfeld kann die Orientierung der Propaganda an den Palästinensern schon auf eine längere Tradition zurückblicken. Die Ausgabe der „Vordersten Front", in der Anfang der 1990er Jahre das Konzept der „national befreiten Zonen" vorgestellt wurde, zeigte auf dem Titelblatt einen vermummten Intifada-Kämpfer.

Allerdings zeigt sich die extreme Rechte in dieser Frage keineswegs einheitlich. Wer von einer Allianz zwischen der extremen Rechten mit islamischen bzw. palästinensischen Kräften spricht, liegt falsch. Was indes nicht ausschließt, dass zu pauschalen Feindbildern und Entdifferenzierung Neigende dem Unsinn noch eins drauf setzen, indem sie von einer Allianz zwischen der extremen Rechten und dem Islam bzw. den Arabern sprechen. (Vielleicht müssen einige allgemeine wie simple Erkenntnisse doch in Erinnerung gerufen werden: Die islamische Welt umfasst höchst unterschiedliche Staaten und Kulturen von Marokko bis Malaysia; vielfältig sind auch die Herkunftskulturen hiesiger Migranten islamischen Glaubens; und auch der Islam als Religion ist kein einheitlicher Block.)

Tatsächlich gibt es aber einige krude Bündnisangebote und Allianzen zwischen Teilen der extremen Rechten und arabischen bzw. islamischen Kräften. Dies, aber auch die unterschiedlichen Herangehensweisen der verschiedenen Strömungen und Organisationen, zeigt sich bei der Durchsicht der rechten Publizistik sehr deutlich.

Die Angriffe auf die Alte Synagoge in Essen (eine Gedenkstätte) und die Synagoge in Münster wurden seitens der extremen Rechten zur eigenen Entlastung genutzt. Wegen des erhöhten politischen Drucks am WiderStandort

Deutschland kamen diese Aktionen gerade recht. Nun könnten die Völkischen in dasselbe Horn stoßen, in das diverse Innenbehörden blasen, wenn sie die freiheitlich demokratische Grundordnung durch „Ausländerextremismus" bedroht sehen.

Der Sprecher der "Landsmannschaft Ostpreußen", Wilhelm von Gottberg, schrieb im „Ostpreußenblatt", die Anschläge „durch fanatische Moslems" hätten „schlaglichtartig erhellt, was uns bei weiterer Zuwanderung blüht. Der Zusammenstoß der Kulturen in unserem Land wird nicht friedlich verlaufen." Das ist seit langem rechte Standardargumentation; die rassistische Propaganda der Rechten ist angesichts des hohen Anteils von Einwanderern aus islamischen Kulturen dominant anti-islamisch. Hier trifft man sich mit dem Rassismus der Mitte der Gesellschaft. Man kann sich - wie der eben zitierte Anführer der Landsmannschaft Ostpreußen - auf Samuel Huntingtons Bestseller „The Clash of Civilizations" berufen. Oder man stützt sich, wie im REP-Blatt „Der neue Republikaner" geschehen, auf die Studie „Verlockender Fundamentalismus" des Soziologen Wilhelm Heitmeyer und die These des „taz"-Redakteurs Eberhard Seidel vom „Krieg in den Städten". Übrigens reicht die Ausstrahlung dieses antiislamisch artikulierten Rassismus der Mitte bis zu Teilen der antideutschen Linken, die ein Feindbild vom Islam als solchem pflegen.

Die Festnahme der mutmaßlichen Täter des Anschlags auf die Düsseldorfer Synagoge steigerte die Stimmung in der rechten Publizistik. Da es sich bei den Festgenommenen nicht um "Abstammungsgermanen" handelt, suchte man vor allem die schmutzigen deutschen Hände in Unschuld zu waschen. Die Ablenkungsrhetorik des Mainstreams innerhalb der extremen Rechten wurde ergänzt um heftige Kritik an Israel. Komplementär ergeht sich eine sich nun deutlicher artikulierende rechte Minderheitenströmung in Solidaritätsbekundungen mit der palästinensischen Sache und bemüht sich um Allianzen mit islamistischen Kräften.

Gerhard Freys „National-Zeitung" (NaZe) titelte in den üblichen großen roten Lettern: „Israels Verbrechen an den Palästinensern". In deutlicher Anspielung an deutsche Innenpolitik fragte das Blatt für die dumpfe alte Rechte: „Wo bleibt hier der 'Aufstand der Anständigen'?" Die NaZe bedauerte, dass „der Untergang der Palästinenser" die „politische Klasse und Journaille" kalt lasse und plagiierte den antirechten Betroffenheitsjargon der letzten Monate: „Wegschauen ist nicht zulässig."

Heftiger geht es in anderen rechten Medien zur Sache, insbesondere im Internet. Ein dezidiertes Beispiel ist die Homepage der "Jungen Nationaldemokraten" (JN) Duisburg. Die sich besonders militant Gerierenden begrüßen den Besucher mit dem Bild eines vermummten Kämpfers mit Waffe. Im Gästebuch hofft man auf die „Absicht der Araber [...], dass sie das, was die deutschen angefangen haben, zuende bringen".

Die Ludendorffer, organisiert im "Bund für Gotterkenntnis (L)", sind seit Gründung Israels Spezialisten für als „Antizionismus" verkleideten Antisemitismus. Typisch für die Anhänger der spinnerten Lehre Erich und Mathilde Ludendorffs ist die Berufung auf obskure jüdische Kronzeugen. Waren es früher vor allem der durchgeknallte Wiener Jude und Antisemit Arthur Trebitsch und apokryphe Schriften jüdischer Ludendorff-Sympathisanten, auf die man sich berief, so stellen die Ludendorffer heute den israelischen Israel-Kritiker Israel Shahak in ihrer Zeitschrift „Mensch und Maß" an die vorderste Front gegen den verhassten Staat Israel. Sein 1994 erschienenes Buch „Jewish History, Jewish Religion - The Weight of 3000 Years" erschien unter dem Titel „Jüdische Geschichte, jüdische Religion - Der Einfluß von 3000 Jahren" im den Ludendorffern nahe stehenden "Lühe-Verlag".



Shahak ist übrigens auch bei linken Antizionisten wie Noam Chomsky eine fast ins Legendäre erhobene Informationsquelle. Und der wohl bekannteste palästinensische Intellektuelle, Edward W. Said, schrieb ein Vorwort zu Shahaks Buch, das - wie das gesamte Buch - auf der Homepage des in Schweden aktiven, aus Marokko stammenden Holocaust-Leugners Ahmed Rami zum Download bereitstand. Der Literaturwissenschaftler Said, der durch Studien über „Orientalismus" und „Kultur und Imperialismus" nicht zu Unrecht internationale Bekanntheit erlangte, ist allerdings kein Holocaust-Leugner. Er distanziert sich von diesen Amokläufern gegen die historische Wahrheit. So kritisierte er die Stellungnahme, die der palästinensischen Schriftstellerverband zugunsten Roger Garaudys verfasste, als dieser in Frankreich wegen Leugnung des Holocaust verurteilt wurde. Auch er sei zwar gegen eine Verurteilung, doch - so Said - sollten die Palästinenser die Realität des Holocaust anerkennen.

Der Fall Roger Garaudys ist von weltweiter Bedeutung. Der einstige Chefideologe des PCF, der in der französischen KP für die Versöhnung mit dem Christentum warb und 1970 aus der Partei ausgeschlossen wurde, ist seit Jahrzehnten auf einer ideologischen Irrfahrt. Sie führte ihn nach der Wendung zur ökologischen Frage und der Zwischenstation als Präsidentschaftskandidat der französischen Grünen schließlich in den Hafen des Islam. Sein Buch über die „Gründungsmythen des Staates Israel" erschien in mehreren arabischen Staaten und wurde in der dortigen Öffentlichkeit enthusiastisch aufgenommen.

Eine deutsche Übersetzung von Garaudys Pamphlet ist neben dem französischen Original und einer englischen Übersetzung im Internet abrufbar. Gedruckt erschien eine deutsche Übersetzung des Textes in mehreren Folgen im Berliner Zweimonatsblatt „Sleipnir - Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik", das seit 1995 im Berliner „Verlag der Freunde" erscheint. Bei der Lektüre des Blatts kann man in wohlwollenden Momenten, wenn die dort versammelten „Dichter" zu Wort kommen, davon träumen, es handle sich um das Resultat eines Schreibprojektes in einer Reformpsychiatrie. Doch tatsächlich handelt es sich um ein hartes nationalrevolutionäres Projekt mit zunehmender Nähe zur NPD. Und Garaudy passt bestens in das Blatt. Der Verleger Andreas Röhler und sein Kumpan Peter Töpfer versammeln in ihrer obskuren Postille die Internationale der Holocaust-Leugner; insbesondere die Franzosen Robert Faurisson, Serge Thion und Pierre Guillaume sind durch Texte vertreten, ebenso der deutsche Nachwuchs-Negationist Germar Rudolf (vermählter Scheerer), der sich vor der deutschen Justiz ins Ausland abgesetzt hat.

Rudolf hat bereits 1995 in den „Staatsbriefen" eine auf ein verqueres Bündnis setzende Strategie zur internationalen Durchsetzung der Holocaust-Leugnung entworfen. Er schlägt vor, Kontakte aufzubauen zwischen einer „Gruppe kritischer Israelis" vom Typ Shahak und „dissidenten Juden in westlichen Ländern [...], die auch Kontakte zum Holocaust-Revisionismus nicht scheuen", wozu Chomsky zu zählen wäre.



In jüngster Zeit oft gesehene Transparente und Schilder bei Nazi-Aufmärschen

Welches Interesse der „jüdisch-israelische Revisionismus" an dieser kruden Allianz haben soll, wird von Rudolf unter der Überschrift „islamisch-arabischer Revisionismus" behandelt. Es sei nämlich „nicht auszuschließen, dass der Islam das Tor ist, durch den der Holocaust-Revisionismus seinen Siegeszug auch in die westliche Welt antreten wird". Damit würde „die heute einzige tragfähige Identitätssäule Israels" zerstört und dem „fundamentalistischen Islam gegen Israel eine tödliche Stoßkraft" verliehen werden. Hier setzt dann Rudolfs perverses Spiel ein, demzufolge sich die Holocaust-Leugner als die besten Freunde der Juden erweisen sollen. Es gebe „die Wahl zwischen der unendlichen Lüge hier" [womit Rudolf die historische Wahrheit über die Vernichtungslager bezeichnet; Anm. d. Verf.], dem unendlichen Hass dort und dem Versuch einer partnerschaftlichen Existenz dazwischen".

Wie es auch immer um die Wirkmächtigkeit der Rudolfschen Strategie bestellt sein mag, so ist jetzt schon deutlich, dass die Kooperation

zwischen Holocaustleugnern aus Europa und islamischen Ländern intensiviert wird. Vorneweg marschiert der zum Islam konvertierte Ahmed Huber aus der Riege der Schweizer Holocaust-Leugner um den kürzlich in den Iran geflohenen Jürgen Graf. Huber war Gastredner beim 7. Europäischen Kongress der Jugend der JN im Oktober letzten Jahres. Den eindrucksvollsten Bericht über Hubers Rede liefert ein Eintrag im Gästebuch der Duisburger JN (alle sprachlichen Eigenheiten und Klammern außer Auslassungsklammern im Original): „Gegen Ende der Veranstaltung redete ein schweizer Araber (?) Er erzählte [...] von den Weltherrschafsansprüchen eines bestimmten Volkes (!)." Im „ungefähren Wortlaut" habe Huber dies gesagt: „Die Lage im Nahen Osten scheint sich zu ändern. Die Türkei und Saudi Arabien sind auf dem besten Weg sich auf die Seite der Palästinenser zu schlagen. Wenn dies geschieht, dann kann man sagen, wie es früher schon einmal gesagt wurde: 'Der Tag für Freiheit und für Brot bricht an! 'Dem kann man wohl nichts mehr hinzufügen..." Der Klarheit halber sei hinzugefügt, dass hier eine Zeile aus dem Horst-Wessel-Lied gesampelt wurde.

Doch weiter im Text der Duisburger JN: Huber „machte auch darauf aufmerksam, dass revisionistisches Geschichtsbewusstsein in fast allen arabischen (...) Staaten allgemein anerkannt ist, und sogar in Schulen gelehrt wird. (...) Er hat seine Rede mit den Worten 'Allah sei mit Euch' beschlossen, was Roßmüller (JN-Bundesvorsitzender; Anm. d. Verf.) in seiner abschließenden Rede dazu veranlasst hat zu sagen, dass wir stolz darauf sein können, dass wir Allah und Odin hinter uns stehen haben!"

Alfred Schobert ist Mitarbeiter beim Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS); neueste Veröffentlichung (Hg. zusammen mit Martin Dietzsch): Ein „jüdischer David Irving"? Norman G. Finkelstein im Diskurs der Rechten - Erinnerungsabwehr und Antizionismus. Duisburg: DISS (ca. 110 S.; ca. 25 Mark; im Erscheinen)

B. Kant

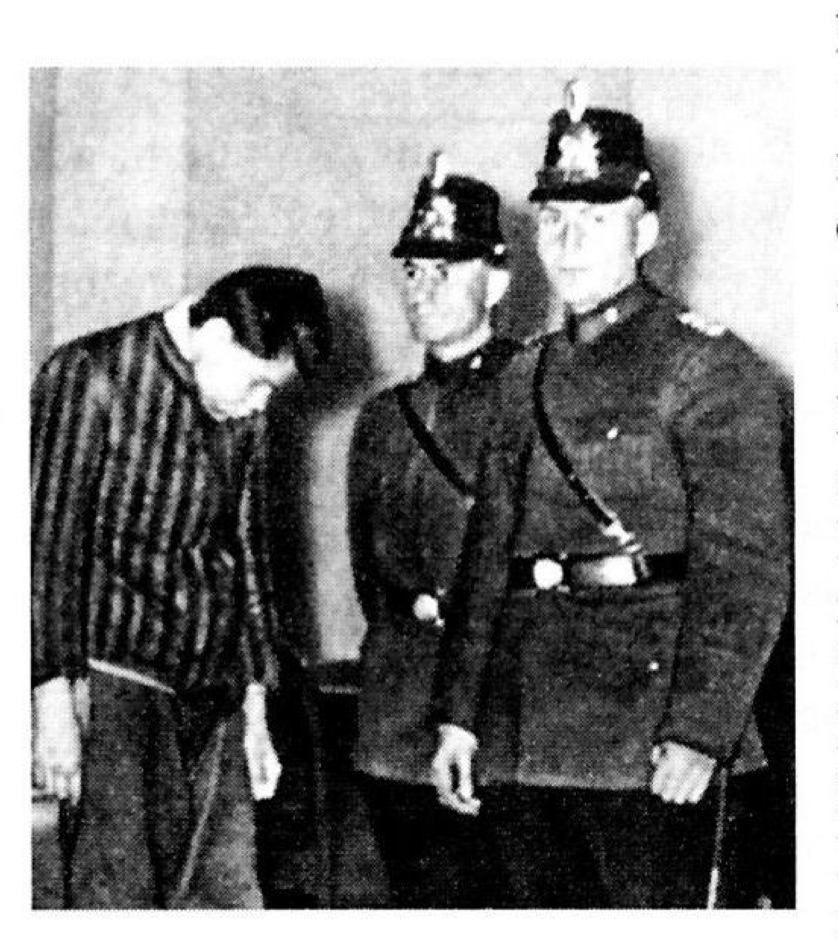
Verfassungsschutz als Geschichtsforscher?

Neues zur „Reichstagsbrand-Kontroverse"

Dass Geschichtspolitik mehr ist als ein Diskurs über Tatsachen zu historischen Ereignissen dürfte geläufig sein. Dass dabei nicht in erster Linie wissenschaftliche, sondern vor allem politische Interessen die Interpretationen dominieren, ist seit der Abwicklung antifaschistischer Erinnerungen in der ehemaligen DDR auch keine Neuheit mehr.

Dass jedoch der bundesdeutsche Verfassungsschutz nicht allein aus ideologischen Gründen, sondern um eigene Täter zu schützen geschichtspolitisch aktiv wurde, belegt eine Recherche von Hersch Fischler, über die die „Netzeitung" vom 25. Januar diesen Jahres berichtete. Was sich Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre im Zusammenhang mit den Forschungen zum Reichstagsbrand abspielte, liest sich fast wie ein Krimi. Der Schweizer Historiker Walter Hofer hatte in seiner Dokumentation „Der Nationalsozialismus" die Verantwortung der Nazis für diesen Brand aufgezeigt. In der DDR waren die Informationen über den Reichstagsbrandprozess etc. publiziert, einer der höheren Ministerialen der BRD, Ministerialdirektor Hans Schneppel, zuständig für Geheimschutz und Staatsschutz fühlte sich tendenziell bedroht, hatte er doch am 28. Februar 1933 den Haftbefehl gegen Ernst Torgler unterzeichnet und als Gestapo-Mitarbeiter an der Prozessregie mitgearbeitet. Zur eigenen Entlastung - so Fischlers Recherche - habe Schneppel den niedersächsischen Verfassungsschutzmitarbeiter Fritz Tobias angestoßen, die Alleintäterschaft Marinus van der Lubbe historisch zu belegen. Der „Hobbyhistoriker" Tobias besorgte sich aus den Beständen des Amtes die verschollen geglaubten Polizeiunterlagen und fand in Augstein einen Verleger, dessen enge Verbindungen zu den diversen Diensten in der BRD bekannt sind. So konnte es nicht verwundern, dass zuerst dort die Tobias-Thesen verbreitet wurden. Tobias verstieg sich gar zu der Behauptung, der Reichstagsbrand sei kein inszenierter Schritt zur Machtetablierung gewesen, sondern „Hitlers intuitive Eingebung im Flammenmeer mit ihren welthistorischen Folgen (habe) sich [...] als simpler Irrtum, als groteske Verkennung der Wirklichkeit" erwiesen.

Der Historiker Hans Schneider vom "Institut für Zeitgeschichte" (IfZ) München überprüfte die Thesen von Tobias und kam zu dem vernichtenden Urteil, „dass die Behauptung, van der Lubbe habe den Reichstag allein in Brand gesetzt, schlichtweg eine Fälschung sei". Dies ist spätestens seit dem Reichstagsbrandprozess von 1933 vor aller Welt deutlich geworden.



Angeklagter van der Lubbe - ständig unter Drogen gehalten

Da eine solche Aussage aber der Entlastungsstrategie für Schneppel zuwider lief, übte man ganz praktischen Druck aus. „In einer Aktennotiz hielt der damalige IfZ-Mitarbeiter Mommsen fest, dass die Veröffentlichung 'aus allgemeinpolitischen Gründen [...] unerwünscht' erscheine." Statt Schneiders Kritik druckte das IfZ 1964 statt dessen einen Aufsatz von Hans Mommsen, der die Tobias-Thesen als wissenschaftlich gesichert bestätigte.

Soweit, so schlecht. Doch Walter Hofer und andere Wissenschaftler ließen nicht nach, auch aus ihrer Perspektive den Tathergang des Reichstagsbrandes exakt zu dokumentieren und sie kamen immer wieder zu anderslautenden Ergebnissen als die Tobias-Studie. 1969 führten sie ein international bedeutendes Symposium in Luxemburg durch, auf der u. a. auch Hans Schneider zu Wort kam. Fritz Tobias nahm seinen Entlastungsauftrag offensichtlich sehr ernst und mischte sich - wie es in einem Schreiben heißt - mit „erpresserischen Methoden" ein. „Fritz Tobias hat nachweislich seine Position im Innenministerium und im Verfassungsschutz für seine 'Untersuchungen' mißbraucht; so hat er seinerzeit auch mit dem Geschäftspapier des Verfassungsschutzes in den schwebenden van der Lubbe-Prozess in Berlin eingegriffen [...] Wissenschaftler und Zeugen hat er mit ultimativen Forderungen durch Interventionen hinter den Kulissen und sogar mit Prozeßdrohungen einzuschüchtern versucht [...]" (Walter Hofer an den Niedersächsischen Innenminister, 2. Juni 1971). Dieses Verhalten wurde von dem damaligen Dienstvorgesetzten, Richard Lehners (SPD), gedeckt.

Aber auch damit war der historischen Wahrheit nicht beizukommen. Mitte der 1980er Jahre glaubten die Protagonisten der Alleintäter-These zum entscheidenden Schlag ausholen zu können. Im Schatten des „Historikerstreits" legten Uwe Bakkes, Eckhard Jesse, Hans Mommsen, Fritz Tobias und andere den Band „Reichstagsbrand, Aufklärung einer historischen Legende" im Piper-Verlag vor. Und wieder hatte der Verfassungsschutz erhebliche Aktien an diesem Werk: Fritz Tobias war Mitarbeiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes; Hans Mommsen, mittlerweile Ordinarius in Bochum, hatte sich als willfähriger Zuarbeiter zu den VS-Thesen gezeigt; Eckhard Jesse und Uwe Backes standen und stehen bis heute in enger Verbindung zum Bundesamt für Verfassungsschutz. Das ganze Buch richtete sich praktisch gegen Walter Hofer und die Ergebnisse des Luxemburger Komitees. Schon damals kreierte Jesse das Schlagwort von den „volkspädagogischen Interessen in Teilen der historischen Forschung", die einer vorbehaltlosen Wahrnehmung der Realität behindere. In dem Standardwerk des akademischen Geschichtsrevisionismus „Die Schatten der Vergangenheit - Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus" (hrsg. von Backes, Jesse und Rainer Zitelmann) wurde dieser Ansatz zur Apologie der faschistischen Vergangenheit perfektioniert.

Nach der Abwicklung der DDR stattete man Jesse und Backes mit höheren akademischen Weihen aus, Jesse mit einer Professur, Backes mit dem Amt des Stellvertreters des "Hannah-Arend-Instituts für Totalitarismusforschung" (HAIT) in Dresden. Auch hier konnte man sich auf die Unterstützung des Verfassungsschutzes in der Geschichtsdebatte verlassen, wie die Intervention von VS-Chef Fritsch zugunsten Backes im Streit mit Henke (vgl. DRR Heft 63) zeigte.

Markus Frick

Kimble auf der Flucht

Günter Zehm ist Rechtsaußen-Professor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und sieht sich durch „Mediendiktatur", „Auschwitzkeule" und „DDR-Zustände" verfolgt.

Anfang November letzten Jahres hatte die Antifaschistische Hochschulgruppe bei einer Demonstration anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht in Jena gefordert, Professor Zehm genauer unter die Lupe zu nehmen. Daraufhin kam es zu ersten überregionalen Pressemeldungen. Die Antifas warfen Zehm Geschichtsklitterung, Verharmlosung des Nationalsozialismus und Antisemitismus vor. Zehm schreibt seit 1995 für die neofaschistische Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF) und hat 1998 an einer Festschrift für den britischen Auschwitz-Leugner David Irving mitgearbeitet. Seit 1993 ist er Honorarprofessor am philosophischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) in Jena.



Günter Zehm

Zehm sei ein „streitbarer konservativer Publizist" entgegnete das Philosophische Institut in einer Pressemitteilung. Seine Anstellung an der FSU sei ein Zeichen von „Respekt für einen Mann, der sich als Schüler Ernst Blochs und Lehrer der Universität Jena das freie Wort nicht verbieten ließ und dafür nicht nur Berufsverbot, sondern eine mehrjährige Gefängnisstrafe in Kauf nahm". Ein „Missbrauch des Rechts auf freie Meinungsäußerung" läge nicht vor. Tatsächlich war der studierte Publizist und Philosoph Zehm Schüler Ernst Blochs. 1957 wurde er wegen „Boykotthetze" verhaftet und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. 1960 wurde er amnestiert und ging 1961 in die BRD. 1963 wurde er zunächst Feuilletonchef, dann stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung „Die Welt". Ab 1975 veröffentlichte er dort seine wöchentliche Kolumne unter dem Pseudonym Pankraz. 1989 wechselte Pankraz zum „Rheinischen Merkur" und 1995 fand er sein vorläufig letztes Zuhause bei der „Jungen Freiheit".

Nachdem sich verschiedene studentische und universitäre Gremien mit Zehm beschäftigten und die Berichterstattung nicht nachließ, äußerte sich auch der FSU-Rektor Karl-Ulrich Meyn. Er teile die Meinung Zehms nicht und finde auch dessen „Publikationswege nicht adäquat". Er wolle die Grundrechte Zehms nicht einschränken und ihm nicht „den Mund verbieten". Kurz vor Weihnachten gaben die AntifaschistInnen dem Philosophischen Institut in einer spontanen, aber medienwirksamen Aktion einen neuen Namen: „Lokalredaktion der Jungen Freiheit". Den Philosophieprofessoren wurden zudem Weihnachtsgeschenke überbracht: Glühwein, Lebkuchen und ein Jahresabo von Der Rechte Rand. Den Hintergrund der Aktion stellte die Ankündigung des Philosophischen Instituts dar, dem „geschlagenen" Professor Zehm, die Möglichkeit der öffentlichen Gegenrede zu geben. Skandalös war der Titel der angekündigten Veranstaltung: „Pankraz trifft seine Leser".

Am 8. Februar traf Pankraz dann tatsächlich einen Teil seiner Leser: Burschenschafter und Neonazis. Den weit überwiegenden Teil des Publikums stellten allerdings diejenigen, die nicht Zehms Leser sind. In seinem Referat verlor der Professor sich und die Geduld des Publikums durch Platon- und Sokrates-Exegesen. Unbequeme Fragen konterte er wahlweise mit philosophischen Ausführungen oder wies sie als wüste Beschimpfungen zurück. „Auf Zahlen lasse ich mich ungern ein", so Zehm als er gefragt wurde, ob denn tatsächlich, wie sein Protegé David Irving behauptet, nicht sechs Millionen sondern sehr viel weniger Juden vernichtet wurden. Natürlich würde er an den Holocaust glauben – wenn auch „in Modulationen". Zu seiner Tätigkeit bei der JF wusste Zehm nichts weiter zu sagen, als dass die Zeitung von „fleißigen, höflichen, mutigen jungen Leuten" gemacht werde. Die „Grenze der Zumutbarkeit" sah er mehrfach überschritten. Ebenso wie das Publikum, das sich mit derlei Ausflüchten nicht zufrieden geben wollte und mehrfach nachfragen musste, um dann doch keine Antwort zu bekommen. Sowieso sei das ja alles noch „schlimmer als bei den Kommunisten", so Zehms Fazit.

Die Veranstaltung war bezeichnend: Zehm konnte und wollte auf kritische Fragen nicht antworten. Für die BesucherInnen war das durchaus deutlich. Sie dürften das Wort vom „geistigen Brandstifter" nun besser verstehen. Spätestens jetzt müsste die JF-Eigenwerbung, der JF-Autor Zehm sei der Liebling aller Studenten, als Wunschglaube enttarnt sein. Ob's zum Rückzug aus der Jenaer Universität reicht, bleibt abzuwarten. Linke StudentInnen erklären jedoch in weiser Voraussicht, Zehms Vorlesungen im Sommersemester zum antifaschistischen Happening werden zu lassen.

Alexandra Kurth

Deutsche Wissenschaftskarriere

Die Untersuchung des Erziehungswissenschaftlers Klaus Ahlheim über den emeritierten Marburger Sozialethiker Dietrich von Oppen ist in mancherlei Hinsicht exemplarisch für die Verhältnisse an deutschen Universitäten.

Der Band enthält zum einen eine knappe Darstellung über die „Aufarbeitung" der NS-Vergangenheit an der Marburger Philipp-Universität, die von offizieller Seite reichlich verspätet (50 Jahre nach der Befreiung) in Angriff genommen wurde und sich seither durch Bagatellisierungen „auszeichnet", sobald es um konkrete Fälle geht. Ahlheim dokumentiert dies mit den Reaktionen auf zwei von ihm 1995 veröffentlichten Zeitungsbeiträge zur 1942 eingereichten völkisch-rassistischen und antisemitischen Dissertation von Oppens über „Die Umvolkung in Westpreußen von der Reichsgründung bis zum Weltkriege". Während von Oppens Verhalten als „zeitgemäß üblich" entschuldigt wurde, empörten sich viele über den „Nestbeschmutzer" Ahlheim. Insgesamt zeigte sich „eine merkwürdig wirksame Mischung aus alter Casino-Mentalität, professoralem Korpsgeist, akademisch gehobener Kameraderie, aus postmodern-konservativer Beliebigkeit und standestreuer Verehrung der alten Lehrer, mit der sich die Zunft der Wissenschaftler vor Kritik und Selbstkritik schützte und noch immer schützt."

Neben der kommentierten Dokumentation der Kontroverse beinhaltet „Geschöntes Leben" eine ausführliche Analyse der aktiven NS-Tätigkeit von Oppens, anhand derer nachgewiesen wird, dass dieser nicht nur Mitläufer und Opportunist war, „was ja so ehrenvoll auch nicht wäre für eine Wissenschaftskarriere", sondern dass die Dissertation Ausdruck der von ihm geteilten NS-Ideologie war, für die er wissenschaftlich und politisch arbeitete: So trat er beispielsweise bereits im November 1933 in die SS ein, 1937 in die NSDAP und arbeitete von 1942 bis 1944 (mit Unterbrechungen) im Auftrag des Auswärtigen Amtes als Wissenschaftler in der Schriftleitung für einen geographisch-historischen Atlas Osteuropas.

Nach 1945 hat von Oppen sich nicht wie Schneider/Schwerte eine neue Identität aufgebaut, sondern „ganz einfach neu angefangen, vergessen und – später wohl gewohnheitsmäßig – geschönt, wie unzählige einst überzeugte Nationalsozialisten, und er war erfolgreich. Eine typische deutsche Wissenschaftskarriere in der Mitte des 20. Jahrhunderts."

Klaus Ahlheim: Geschöntes Leben. Eine deutsche Wissenschaftskarriere, Offizin Verlag, Hannover 2000, 92 Seiten, 24 Mark.

Christian Dornbusch

Richtige Frage, schwache Antworten

Rezension: „Nazis sind Pop" von Burkhard Schröder

Die „populären Mythen" im öffentlichen Diskurs zum Thema „Rechtsradikalismus" möchte Burkhard Schröder entlarven. Seine Thesen: Der „klassische Nazi ist so gut wie ausgestorben, ist nur noch eine Karikatur", und der „neue Nazi" lebt inmitten der Alltagskultur. In einem Land, in dem die Rechte von Migranten nach ökonomischen Kriterien bemessen werden, und das Staatsbürgerrecht die Ungleich von Menschen manifestiert, erläutert Schröder, sind Nazis „keine Minderheit, sondern Teil des kulturellen mainstreams." Der alltäglichen Rassismus, sowohl der strukturelle als auch der persönliche, bestimme die deutsche Gegenwart. Das Buch reiht sich insofern in die Analysen zur Rechtsentwicklung in der „Mitte der Gesellschaft" ein. Doch der Versuch, die rechte Alltagskultur in ihrer Ganzheit zu skizzieren und die Wechselwirkungen in der „Mitte der Gesellschaft" zu reflektieren, gelingt selten.

Schröder greift zwar beispielhaft aktuelle Diskurse und Prozesse auf - der „deutschen Ethnie" verpflichtete Nationenkonzepte aus den Reihen der CDU/CSU, die Ästhetik des Riefenstahl-Pop a la Rammstein zwischen „Untergang des Abendlandes", das „Stahlgewittern" der sich völkischem generierenden Dark-Waver, dem imaginären Bösen verpflichtete NS-Black-Metaller und die zwischen Bürgerlichkeit und Subkultur verhaftete rechte Skinheadszene samt deren sich entgrenzenden rechten Rockmusik. Er bleibt jedoch meistens beim Beschreiben. Die Beispiele widersprechen indes auch oft seiner These, da er immer wieder auf die stereotypen „Nazis" zurückkommt. Diese Argumentation behindert die vom Autor versprochene, tiefgehende und umfassende Analyse des deutschen Alltags.

Am Beispiel Internet möchte Schröder schließlich zeigen, dass bisherige Konzepte der Begrenzung der extremen Rechten durch Verbote angesichts der technischen Realität ad absurdum geführt werden. „Wie gegen rechte Alltagskultur vorzugehen sei, dem Humus, der den rassistischen Acker immer wieder düngt - auf diese Frage bleiben die Anhänger von Verboten alle Antworten schuldig", führt der Autor aus. Diese Anhänger sind für Schröder nicht nur Innenminister und andere Hardliner, sondern auch die „orthodoxe Antifa".

So sehr Schröder die Mythen zu den Neonazis brechen mag, so sehr baut er sie indes zur „Antifa" auf. Nicht ohne dabei gängige Klischees aus den Medien aufzugreifen und Probleme der Antifa zu verallgemeinern. Durchgängig pflegt Schröder sein Feindbild „Antifa", mal als „antifaschistische Kuschelgruppe" mit Nähe zu völkischer Folklore, mal ist „die" Antifa eine Art von Konkurrenz für den Verfassungsschutz, deren antifaschistische Mobilisierung zur Verhinderung von Neonazi-Aufmärschen sich allerdings „dezidiert gegen ein demokratisches Grundrecht" richte, und mal erscheint „die Antifa" als unwissend, da sie weder „Eminem", noch „MTV" kenne und nicht begreife, um was es gehe. Differenzierung scheint ein Fremdwort, das so manches Detail in diesem Buch bestimmt. Es scheint Schröder auch nicht aufzufallen, dass alle Themen, die er aufgreift, lange vorher von Antifa-Strukturen thematisiert wurden.

Nur seine Lösungsstrategie ist ihm eigen. Für Schröder löst sich Rassismus dann in Wohlgefallen auf, wenn erst einmal Migranten gleichgestellt und eingebürgert sind. Allerdings war in der Geschichte Deutschlands schon einmal Recht nicht gleich Recht und ein Teil der deutschen Bevölkerung mit einem einzigen Rechtsakt über Nacht ausgebürgert. Die Legitimität des Rechts, schrieb einmal ein faschistischer Staatsrechtler, bestimmen die, die den Ausnahmezustand bestimmen. Und angesichts der von Schröder diagnostizierten rechten Alltagskultur, in der „Nazis Pop sind", klingt sein Fazit am Ende zynisch. Ein Zitat bemühend läßt er erklären, dass wir es den Ausländern überlassen sollten, die deutsche Gesellschaft zu verändern. Sie werden es sein, so Schröder, „die unsere Nation zum Besseren verändern werden."

Burkhard Schröder: Nazis sind Pop, ESPRESSO, Berlin 2000, 160 Seiten, 24,90 DM.

Samuel Salzborn

Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt

Eine wichtige und überaus erhellende Ergänzung zur Rechtsextremismusdebatte des vergangenen Spätsommers haben Christoph Butterwegge und Georg Lohmann mit dem Band „Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt" vorgelegt. Der von den beiden Hochschullehrern herausgegebene Sammelband vereint zahlreiche qualifizierte Fachkräfte der Politischen Bildung (universitäre, schulische und andere), die neben einer theoretischen Einordnung des Rechtsextremismus und einer Bestimmung der gesellschaftlichen und politischen Ursachen rechtsextremer (Jugend-)Gewalt vor allem die Beschreibung, Diskussion und Kritik praktischer Interventionsfelder im Kampf gegen Rechts verfolgen.

Im Mittelpunkt steht die Analyse von Aufgaben der Politischen Bildung gegen Rechts in der Schule und bei der Jugendbildungsarbeit sowie im Bereich der Fort- und Weiterbildung. Es werden mögliche Präventions- und Interventionsmaßnahmen gleichermaßen diskutiert, wie auch Modelle und Methoden zu antirassistischer und antifaschistischer Pädagogik bzw. Politischer Bildung erörtert werden. Gefordert sei eine „eingreifende pädagogische Praxis", wie es in einem der Beiträge heißt, bei der Verstehen nicht mit Verständnis verwechselt werden sollte. Ergänzend werden an verschiedenen Stellen des Bandes rechtsextreme Theoreme mit der historischen, politischen und gesellschaftlichen Realität konfrontiert und widerlegt.

Der Band hebt sich insgesamt wohltuend von anderen Einlassungen ab, weil Rechtsextremismus als gesellschaftliches Phänomen verstanden und bei der Diskussion erzieherischer Konzepte nicht in eine individualistische Pädagogisierung verfallen wird. Ohne die Verantwortung von Bildungs- und Erziehungsinstitutionen zu leugnen, heißt es denn auch in der Einleitung, müsse hervorgehoben werden, dass (Sozial-)Pädagogik ohnmächtig sei, wenn die Politik versage. Aufgrund der zentralen gesellschaftlichen Rolle von Schul- und Weiterbildungseinrichtungen sollten aber gerade sie die „Stützen im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und (Jugend-)Gewalt" sein, wie Butterwegge und Lohmann betonen.

Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, Leske + Budrich: Opladen 2000, 304 Seiten, 29,80 Mark.

Andreas Speit

Das Vergangene ist nicht vergangen ...

Auch wenn die Vergangenheit um zu überleben verdrängt oder überdeckt wird, bleibt sie gegenwärtig. Wie sehr der Holocaust das alltägliche Leben der Überlebenden bestimmt, versucht Robert Bober in seinen Roman „Berg und Beck" zu erzählen.

Die Hybris all jener, die guten Willens versuchten, das totale Böse des Holocaust zu schildern, ist Bober, dem Sohn gerade noch entkommener polnisch-jüdischer Eltern fremd. Stattdessen erzählt er das Trauma ganz privat und individuell. In seinem ersten Roman „Was gibt's Neues vom Krieg?" fügte Bober scheinbar alltägliche Situationen in einer Pariser Schneiderei zusammen, wobei das entsetzlich Verbindende zwischen den gerade zurückgekehrten Deportierten nur an kleinen Gesten der Scheu und des Erschreckens spürbar wurde. Stil und Thema ist Bober treu geblieben.

Episodenhaft verbindet er in seinem zweiten Roman, „Berg und Beck", schicksalhaften Biographien von Kindern und Jugendlichen, denen ihre jüdische Herkunft in den Zeiten der nationalsozialistischen Besatzung Frankreichs zum Verhängnis wurde. Allen gemein ist der Verlust eines geliebten Menschen, der Eltern oder eines Freundes. Joseph Berg, Protagonist des Romans, arbeitet 1951 als Erzieher im jüdischen Waisenhaus von Andrésy. Täglich wird Berg, der selbst den Verlust seines Schulfreundes Henri Beck noch nicht überwunden hat, mit den traumatischen Erlebnissen der Aufarbeitung und des Verlustes konfrontiert. Ohne Pathos und Effekthascherei erzählt Bober die Geschichten einiger dieser ganz auf ihre Einsamkeit und ihren Schmerz konzentrierten jugendlichen Überlebenden. Das heißt: Er läßt Berg in Briefen an seinen 1942 deportierten Schulfreund über die „schwierigen Kinder" und fast „unüberwindbaren Probleme, aber auch die glücklichem Momente und erfreulichen Veränderungen" berichten. Da ist der Junge Nathan, der bei seinem Onkel lebte und in dessen Schuhgeschäft arbeitete. Regelmäßig gestaltete er das Schaufenster bis er eines Tages zum Entsetzen des Onkels Herrenschuhe, Damenschuhe und Kinderschuhe zu einem Berg auftürmte, gleich den Fotos aus Auschwitz. „Erinnere dich deines Lebens" hatte ihm der Onkel gesagt. Oder da ist das Mädchen Laura, das „eine Erwachsene aus ihre Puppe gemacht hat", in dem sie Falten ins Puppengesicht zeichnete und sich an die „Erwachsene" immer anschmiegte, um zu spüren, wie es sich „in den Armen der Mutter liegt". Gleichzeitig sind da aber auch die Situationen, in denen Suche nach einem Stück Normalität in der Leidenschaft zur Jazzmusik, der Tour de France oder den Marx-Brother-Filmen geschildert wird.

Zwar können die Briefe den Adressaten nicht mehr erreichen, doch sie verfolgen auch „nur" den Zweck, die Erinnerung an seinen Freund zu bewahren. „Ja, ich werde dir weiter schreiben, da du nur lebendig bist, weil ich noch lebe", weiß Berg.

Bober gehört zu den überzeugendsten Vertretern einer Erinnerungsliteratur, die wissend von der anhaltenden Trauer sprechen und die Schreie der Opfer und ihrer Kinder nicht verdrängt haben. Bei aller Melancholie schließt Bober dennoch Optimismus auf ein zwar „schwieriges, aber erfülltes Leben" für die Traumatisierten nicht aus.

Robert Bober: Berg und Beck, Antje Kunstmann 2000, 200 S., 32,-DM.

Felix Krebs

Lost Sons - Verlorene Söhne

In den frühen 1990er Jahren galt Ingo Hasselbach in der Presse als „Gauleiter von Berlin" und führte u.a. die „Nationale Alternative". 1992 wurde er wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verurteilt und stieg 1993 aus der neonazistischen Szene aus. Vorübergehend avancierte er mit seiner Geschichte und seinem Buch „Die Abrechnung" zum gefragten Gast von Talkshows und anderen Medien. Nachdem es in den letzten Jahren ruhiger um den „Führer-Ex" wurde, hat nun der schwedische Regisseur Frederik von Krusenstjerna einen Film über ihn gemacht, der im Dezember vorigen Jahres in einigen Kinos anlief.

Was den Film besonders interessant machen könnte, ist die Gegenüberstellung der Biographien Hasselbachs und seines leiblichen Vaters, dem in Köln geborenen Antifaschisten Hans Canjé. Dieser wurde in den 1950er Jahren nach der Erfahrung des Hitlerfaschismus zum Kommunisten, Anfang der 1960er Jahre im Zuge von KPD-Verbot und allgemeiner Kommunisten-Hatz in der BRD fünf Jahre inhaftiert und ging 1965 nach seiner Entlassung in die DDR. Hier machte Canjé als Journalist Karriere und ist bis heute engagierter Mitarbeiter der Zeitung „antifa".

Die Ausgangsposition Krusenstjernas bei der Betrachtung der gegensätzlichen Lebenswege von Vater und Sohn ist jedoch, wie sollte es anders sein in heutiger Zeit, fest auf dem Boden der Totalitarismustheorie verankert. Beide hatten Maurer gelernt, arbeiten heute als Journalisten, wechselten vom einen ins andere Deutschland und gingen für ihre politische Einstellung ins Gefängnis. Schon der Titel verdeutlicht, dass Krusenstjerna auch den überzeugten Antifaschisten Canjé für einen verlorenen Sohn des neuen Deutschlands hält. Und da Hasselbach freimütig einräumt ein geistiger Brandstifter zu sein, der indirekt verantwortlich ist für die Pogrome von Rostock, Mölln und Solingen, muss Canjé natürlich mitverantwortlich sein für das größte Verbrechen der DDR: Der Regisseur nötigt Canjé zusammen mit dessen Freund, dem Holocaustüberlebenden Kurt Goldstein, an die Berliner Mauer zu fahren, in der Hoffnung dort eine reuige Lebensbeichte zu erhalten.

Krusenstjerna interessiert es nicht sonderlich, unter welchen konkreten gesellschaftlichen und politischen Bedingungen ein Mensch zum Kommunisten und der andere zum Faschisten wird. Insbesondere bei Hasselbach wird völlig ausgeblendet, welch rassistisches und nationalistisches Klima in Deutschland mit der Wiedervereinigung losbrach. Der Regisseur fragt nicht, ob sich Hasselbach und seine Nazis nicht als Vollstrecker der etablierten Politiker sahen, welche ihre Brandreden im Parlament und den Medien schwangen.

So bleibt Krusenstjerna nur eine individualpsychologische Möglichkeit, das politische Phänomen Hasselbach zu erklären: Die Entfremdung von Vater und Sohn schon in frühen Jahren, als sich Canjé von Hasselbachs Mutter trennte, dieser vaterlos aufwächst und schließlich wegen staatsfeindlichen Äußerungen („Die Mauer muss weg") und öffentlicher Herabwürdigung zweimal in der DDR zu Gefängnis verurteilt wird. Auch der Journalist Burkhard Schröder, der im Film mehrfach zu Wort kommt und zu Beginn lässig mit seiner Pistole rumfuchtelt, um die Gefährlichkeit seines Jobs zu demonstrieren, trägt wenig zur Klärung von Ingos Lebensweg bei.

Krusenstjernas Idealbild einer bürgerlichen Kleinfamilie offenbart sich in dem penetranten Versuch, Vater und Sohn nach Jahren des Schweigens vor der Kamera zusammenzubringen, was beide jedoch von Anfang an ablehnen. Der Versuch, aus den unterschiedlichen Biographien eines kommunistischen Vaters und seines (ehemals) neofaschistischen Sohns einen interessanten Film zu machen, misslingt – weil aus dem historische Vergleich oftmals eine Gleichsetzung wird und zu viele Fragen offen bleiben. Lost Sons: eher eine Lost Chance des Regisseurs.

Verlorene Söhne – Lost Sons, Regie und Buch: Frederik von Krusenstjerna, BRD/Schweden/Dänemark 1999.